

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement - Preis: 3,00 Mk. monatlich, 1,50 Mk. wöchentlich 30 Bg. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Bg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Bg. Vollabonnement: 1,20 Mk. pro Monat, eingetragenen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich - Ungarn 2,50 Mk., für das übrige Ausland 4 Mk. pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsstelligen Kolonellen über deren Raum 60 Bg. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Bg. „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 20 Bg. (zweiwöchentlich 2 festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Bg. Stellenanzeigen und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Bg., jedes weitere Wort 5 Bg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.  
 Donnerstag, den 13. Juli 1916.  
 Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

## Die Friedensaktion der Sozialdemokratie im italienischen Parlament.

Die kurze Sitzung, zu der das italienische Parlament vor wenigen Tagen zusammentrat, um die Erklärung des neuen Ministeriums Boselli entgegenzunehmen, erhält mehr noch als durch diese Erklärung ihre Signatur durch die machtvolle Aktion, die die italienische Sozialdemokratie in dieser Parlamentssession entfaltet hat. Die sozialdemokratische Fraktion hat diese Tagung der Kammer benutzt, um in großen richtunggebenden Reden noch einmal ihre Stellung zum Kriege und zur bürgerlichen Kriegspolitik zu präzisieren und durch erneute Aufrollung ihres Programms das Beispiel und Vorbild einer großzügigen, grundsätzlichen, durch keinerlei ängstliche Rücksichten beirreten, streng an dem erstrebten Endziel des Sozialismus orientierten Politik zu geben. Ueber die drei Reden der Genossen Treves, Turati und Morgari, die den Höhepunkt dieser Kundgebung bilden, ist schon in Kürze telegraphisch berichtet worden (vgl. den „Vorwärts“ vom 9. Juli), doch sind diese Reden durch den Reichtum ihres Inhalts und die Macht und Größe des Ausdrucks so bedeutsam, daß sie eine ausführlichere Behandlung verdienen. Wir geben sie daher hier nach dem „Avanti“ vom 30. Juni, 1. und 2. Juli im Auszug wieder.

Als erster ergreift Abgeordneter Treves am 29. Juni zu folgenden Ausführungen das Wort:  
 Das neue Ministerium wird stets mit besonderer Betonung als ein Ministerium der nationalen Eintracht bezeichnet und ist doch nur eine Karikatur der Eintracht, es verweist die Parteiunterschiede und täuscht die Einigkeit bloß vor, indem es die Differenzen und Gegensätze aus dem Parlament ins Ministerium verlegt. Wird ein solches Ministerium durch den Krieg gerechtfertigt? Nein, denn es fehlt ihm die Entschuldigung, die Frankreich in der Stunde der Gefahr für die Errichtung eines Ministeriums des öffentlichen Wohls für sich in Anspruch nehmen konnte. „Ihr habt dies Ministerium konstituiert in dem Augenblick, wo der Feind aus dem kleinen Streifen vaterländischen Bodens, den er besetzt hatte, vertrieben wurde.“ Die neue Regierung, die eine Regierung der Rinken sein sollte, durch die Salandra gestürzt wurde, sei in Wahrheit nur das Werkzeug der Konservativen, durch die diese den Demokraten die Macht entwenden wollen. Was die republikanische Partei betrifft, so habe sie sich so unzulänglich zur Zusammenarbeit mit der Monarchie bereitwillig, daß die Teilnahme ihres Mitgliedes Comandini am Ministerium nicht verwundern könne. Sodann wendet sich Treves den Reformisten zu, denen er mit bitterer Ironie vorhält, bei ihrem Aufstieg zur Macht handele es sich nicht mehr um die alte Kontroverse zwischen Jaurès und Guesde über die Teilnahme an der bürgerlichen Regierung, Vissolati und Bonomi treten in einem Moment in das Ministerium ein, wo die einzigen Reformen, die überhaupt diskutiert werden, solche der „Kriegsführung“ sind; ihr Eintritt bedeutet zugleich einen Verzicht auf die Einsetzung einer parlamentarischen Kontrollkommission, die sie selbst vorgeschlagen hätten und die von Sonnino abgelehnt wurde. Dieser letztere solle im neuen Ministerium die Kontinuität der äußeren Politik repräsentieren, und doch sei er durch das Mißtrauensvotum der Kammer am meisten getroffen worden, da die Mißerfolge des vorigen Ministeriums in erster Linie mit seinem Ressort zusammenhängen. Die Beziehungen Italiens zur Entente hätten lediglich eine Interessengemeinschaft, nicht ein Bündnis sein dürfen. „Wir wollen nicht, daß Italien nichts als ein Anhängsel des Bierverbandes sei, Italien hat angefaßt seiner geographischen Lage eine bestimmte Mission zu erfüllen, das Amt eines Schiedsrichters und Friedensstifters zu übernehmen.“ Dagegen aber verstoßen die Vorschläge der Pariser Wirtschaftskonferenz, Sie wollen die verbündeten Länder zu einer Wirtschaftsunion à la Chamberlain zusammenschließen, in der Italien die Rolle einer englischen Kolonie spielen würde. Dann aber würde das Motiv und Ziel dieses Krieges nicht mehr die „Freiheit“, sondern der „Jingoismus“ sein. Crispi habe sich dem Dreibund angeschlossen und Italien damit die Märkte Frankreichs verperrt. „Wollen Sie durch die Entente die Märkte der Zentralmächte den Produkten Italiens verschließen, die weder in Frankreich noch in England Absatz finden würden?“ Die Sozialdemokratie fordere im Namen der italienischen Konsumenten die Freiheit, ihr Brot dort zu kaufen, wo es am besten und billigsten ist; sie verlange, daß diese Freiheit nicht durch den rhetorischen Imperialismus der nationalen Parteien dem Imperialismus Englands geopfert werde. Hierauf geht Treves zur Friedensfrage über. Es erhebt sich ein gewaltiger Tumult, als er erklärt, französische Genossen hätten ihre Regierung aufgefordert, die Diskussion über die Bedingungen eines eventuellen Waffenstillstandes freizugeben. Nachdem die Aufregung verhebt ist, fährt Treves fort: „Eine tiefe Umwandlung vollzieht sich in der Welt. Wenn Ihr begreift, daß diese Tragödie, daß dieser ungeheure Konflikt nicht länger dauern kann, so sorgt dafür, daß unser kleines Vaterland das große Vaterland der

Welt werde.“ Die Schlussworte der Rede entfesseln einen neuen Sturm in der Kammer, der sich zu einer gewaltigen Friedensdemonstration der Sozialisten auswächst. Rufe: „Es lebe der Friede!“ „Goch der Krieg!“ „Goch Italien!“ tönen durcheinander. Die Sozialisten rufen unter frenetischen Beifallkundgebungen: „Es lebe der Friede!“ „Nieder mit dem Krieg!“ Immer mächtiger schwillt die Erregung, bis es dem Präsidenten endlich gelingt, die Ruhe wiederherzustellen.  
 Am folgenden Tage erhält der Genosse Turati das Wort. Er beginnt mit der Erklärung, die gestrige Rede von Treves habe die Kammer zu lebhaftem Beifall und Widerspruch hingerissen. Und doch habe er von dieser Rede kein Wort hinwegzunehmen noch ihr etwas hinzuzufügen. „Keiner von Ihnen kann den Krieg um des Krieges willen, kann seine Fortsetzung ins Unbegrenzte wollen. Freilich will auch keiner von Ihnen einen Frieden um jeden Preis. Es gibt eine Frage, über die wir uns wiederholt erklärt haben, in bezug auf die wir unsere Ideale, die im Einklang mit den Rechten der Völker und den Forderungen der Zivilisation stehen, dargelegt haben, und über die Sie sich nicht äußern wollen oder können, weil Sie selber so wenig die Gründe dieses Krieges wie die Bedingungen des Friedens angeben vermögen. Sie sagen: wir wollen über den Frieden erst nach dem Siege sprechen, aber der Sieg ist ein Wort von allzu allgemeiner Bedeutung, denn er läßt alle möglichen Grenzen und Grade zu. Wer könnte den Sieg so verstehen, daß er die Entfristung des Siegers zur Folge hätte und den dauernden Völkerhaß verewigte: diesen Keim künftiger Bruderkriege. Und andererseits fragen wir die, die uns des Verrats beschuldigen, weil wir vom Frieden reden, ob sie etwa glauben, daß der Friede über uns kommen könne wie ein Wunder oder aus dem Schaum des Meeres emporsteigen werde wie Aphrodite, ehe die Friedensbedingungen gründlich erwogen und beraten worden seien? Und wenn Sie uns verbieten wollen, vor dem endgültigen Sieg über den Frieden zu reden, soll es anderen erlaubt sein, Propaganda für einen nie endenden Krieg zu machen? Zwischen diesen beiden Extremen den Punkt des Gleichgewichts zu suchen, das ist das Pflichtgebot dieser Stunde.“ — Nach diesen einleitenden Worten geht Turati auf die Frage der Zensur ein, er appelliert an die Kammer und die Minister, Europa nicht das Schauspiel zu geben, als seien die Italiener ein Volk von Unmündigen und Schwachsinrigen, nicht dieses Beispiel der Angst und Furcht vor der Idee, während der Wagen mit des Heroismus so laut verkündigt werde. Dieses Zwangsregiment habe die entgegengesetzte Wirkung von der, die beabsichtigt wird. Man verlange Vertrauen vom Volke und verjage es ihm selber. Nach längerem allgemeinen polemischen Ausführungen über die innere Politik und das Ministerium formuliert Turati noch einmal die sozialdemokratischen Forderungen hinsichtlich der Internierten, nachdem er die unmenschlichen Praktiken der Regierung gebrandmarkt, dagegen protestiert hat, daß Salandra sein Wort gebrochen habe, und kommt dann zum Schluss: „Meine Herren, jetzt ist es Zeit zum Handeln und nicht mehr zum Reden. Beginnen Sie damit, alle politischen Spekulationen mit dem Krieg beiseite zu lassen. Lassen Sie Gerechtigkeit walten, und Sie werden sich selbst und Italien den besten Dienst leisten. Wir werden gegen die Regierung stimmen. Aber unsere Abstimmung will nur ein Ausdruck sein: unserer aufs tiefste abweichenden Meinung, nicht ein Stigma für die Regierung unseres Landes. Zwingen Sie uns, Sie zu achten selbst, wo wir Sie bekämpfen. Seien Sie wenigstens darin eine nationale Regierung und sorgen Sie dafür, daß sich die Nation Ihrer nicht zu schämen braucht.“  
 Der dritte Hauptredner der sozialdemokratischen Fraktion ist der Abgeordnete Morgari. Seine Rede ist in den Hauptzügen bereits im telegraphischen Bericht des „Vorwärts“ skizziert, doch enthält sie noch manche interessanten Momente, die eine ausführlichere Wiedergabe rechtfertigen: „Ist es erlaubt in diesen Räumen, die von Kriegsrufen widerhallen, vom Frieden zu sprechen?“ beginnt Morgari. Ich will mich bemühen, mit Achtung von den Männern auf der Regierungsbank zu reden, denn ich verstehe und würdige die Aufrichtigkeit ihres patriotischen Gefühls, aber ich werde offen und ehrlich und sogar rauh sein gegen die Sache, die sie vertreten. Ich übergehe die Frage, wie die Sozialdemokratie vom Standpunkt ihrer Lehre die Lage beurteilt, ich stelle mich auf Euren eigenen Boden, um Eure Haltung von ihm aus zu bekämpfen.“ Nach der sozialdemokratischen Ansicht — führt Morgari aus — sei der Krieg eine Folge des alten barbarischen kapitalistischen Mechanismus. Die Gegner behaupten, dies sei nicht wahr, das sei eine Uebertreibung; und doch sei es ein Teil der Wahrheit, wenn auch nicht die ganze. Was den Krieg speise und am Leben erhalte sei außerdem noch eine Uebertreibung des Dofermuts, des Selbstbetrübnisses, des nationalen Sentiments und des Rassegefühls. Vissolati z. B. repräsentiere diese psychologischen Ausstrahlungen des kriegerischen Geistes. Die Gegner behaupten, gute Patrioten zu sein und sagen es sicherlich in bestem Glauben, aber es fehle ihnen der praktische Geist des Patriotismus. Dieser wahre praktische Patriotismus bestände im Kampf gegen die inneren Uebel des Landes, dagegen habe der Patriotismus der Gegner nur das extreme Kriterium der Annexion fremder Gebiete, das sei ein Kilometerpatriotismus. Die Einigung der Nationalitäten sei

auch den Sozialisten nicht gleichgültig, aber sie trennen sich von den anderen Parteien in der Wahl der Mittel. Jene wollen diese Probleme durch den Krieg lösen, der sie nur noch kompliziert und vielfältigt. Die Sozialisten dagegen verlangten ihre Lösung durch die freie Willensentscheidung der Völker, durch die freie Abstimmung der Nationen. Aus diesen Erwägungen fordert Morgari die Einberufung einer Friedenskonferenz und eines Waffenstillstandes, er macht sich hiergegen selbst den Einwurf; wenn in diesem Augenblick, wo Deutschland große Gebiete besetzt halte, ein Waffenstillstand geschlossen würde, so würde nur Deutschland den Vorteil davon haben. „Ihr aber wollt, Deutschland solle erst die Schuld sühnen, die es nach Eurer Ansicht durch Verursachung des Krieges auf sich genommen hat. Ihr wollt den deutschen Militarismus zerstören und daran würde Euch ein Waffenstillstand in diesem Augenblick hindern.“ Dagegen aber sei einzuwenden, daß Deutschland zwar das Schwert gezogen habe, die Schuld aber bei allen Staaten läge, die mit dem Schwert in der Faust dagestanden hätten. „Sie wollen Deutschland niederwerfen, aber wenn dies möglich ist bei Österreich, das ein durch Gewalt zusammengehaltenes Staatsganze ist, so ist das nicht möglich bei Deutschland, das eine kompakte nationale Individualität darstellt.“ Dies sei nicht einmal Napoleon gelungen. Man will die Zentralmächte zwingen, um Frieden zu bitten. Aber ist dieser Sieg der Waffen auch ganz sicher? Sollen neue Millionen geopfert werden? Nachdem Morgari dann noch einmal die Schuldfrage ausführlich erörtert und die Regierung aufgefordert hat, die Friedensbedingungen bekanntzugeben, faßt er seine Ausführungen in einem machtvollen Schlusswort zusammen. „Abgeordneter Cappa hat in einer berühmten Rede ausgerufen: Wir müssen siegen! Ich aber glaube nicht an einen Sieg, dessen sich jeder rühmt, und den jeder für sich voraussetzt und ankündigt. Es wäre unsere Aufgabe, unter den Nationen die Methoden der Gerechtigkeit zu verbreiten, die von der Gemeinde bis zur Nation jene verschiedenen menschlichen Gemeinschaften möglich machen, die der Arbeit, der Tat und dem Licht der Zivilisation geweiht sind. Es gilt der Menschheit jenen Sieg zu sichern, den der arme Jaurès einst prophetisch im Gotthardischen Dom zu Basel verkündigt hat, indem er die Hoffnung aussprach, die alte dort hängende Glocke möge einmal für alle Völker ihren Ruf erschallen lassen: Vivos voco, mortuos plango, fulgura frango.“ (Ich rufe die Lebenden, ich klage über die Toten, ich breche Blitze.) (z)

## Sieg der Sozialdemokratie in Finnland.

Petersburg, 11. Juli. (W. Z. B.) Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur. Nach den Ergebnissen der Wahlen zum finnländischen Landtag werden die Sozialdemokraten 103, Alt-Finländer 33, Jung-Finländer 22, Schweden 21, Agrarpartei 19, Arbeiterpartei 1.  
 Die trockenen Zahlen der amtlichen russischen Meldung geben eine für die sozialistische Internationale hoch erfreuliche Tatsache kund: in der Legislative Finnlands hat die Sozialdemokratie nun mit ihren 103 Mandaten die absolute Mehrheit errungen! Seit der Einführung des neuen Wahlgesetzes im Jahre 1905, das dem Lande das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Proportionalwahlrecht (für Männer und Frauen) verlieh, ist die Zahl der sozialdemokratischen Abgeordneten bei jeder der alle drei Jahre stattfindenden Wahlen fortgesetzt gestiegen. Im letzten Landtag, der 1913 gewählt wurde, zählte die Sozialdemokratie 90 Mandate von insgesamt 200. Nun hat unsere Partei trotz der Schwierigkeiten der Wahl-agitation unter dem Belagerungszustand und der gemeinsamen Front der bürgerlichen Parteien gegen die sozialistischen „Umstürzler“ einen so starken Stimmenzuwachs erhalten, daß der von der finnischen Bourgeoisie längst befürchtete Moment eingetreten ist, wo die Sozialdemokratie die Mehrheit im Landtage errungen hat.  
 Leider bedeutet die Mehrheit in der finnischen Legislative noch keineswegs die Mehrheit in der Exekutive. Verfassungsrechtlich bildet eigentlich der Senat die ausübende Gewalt, die vor dem Landtage verantwortlich ist. Außerdem steht noch dem Jaren als Großfürsten Finnlands das Bestätigungsrecht zu. Indessen haben sich in den letzten zehn Jahren die Verhältnisse so sehr zungunsten Finnlands verschoben, daß der Senat, mit russischen Kreaturen besetzt, sich in ein Werkzeug der Petersburger Regierung verwandelt hat und den Willen des Landtags völlig ignoriert. Außerdem haben die mit Hilfe der reaktionären Duma durchgeführten finnlands-Gesetze, im Widerspruch mit der finnischen Verfassung, eine Reihe wichtiger Gebiete der Kompetenz des Landtags entzogen und so seine Bedeutung noch mehr herabgedrückt. Die letzten Wahlen zeigen diesen Widerspruch in krasser Weise: ein Land, das eine höhere Kulturstufe erflommen hat, als so manches westeuropäische Land, und dessen Bevölkerung nicht etwa aus politischer Verflimmung, sondern aus gefestigter Ueberzeugung heraus mehr als die Hälfte der Mandate für seine gesetzgebende Versammlung der Sozialdemokratie anvertraut, sieht sich noch immer gezwungen,

dem Geheiß Petersburger Kreaturen Folge zu leisten, die der Entwicklung Finnlands fortgesetzt Hemmnisse in den Weg legen.

Indessen: wer die Fähigkeit des finnischen Volkes und insbesondere den kühnen, opferfreudigen Kampf unserer finnischen Bruderpartei kennt, wird nicht daran zweifeln, daß der oben gekennzeichnete Widerstand in der politischen Lage Finnlands über kurz oder lang von innen heraus überwunden werden wird. Berührt es in unserer waffenstarrten Zeit schon eigentümlich, von Wahlkämpfen und Wahlen auf dem vom Weltkrieg umbrauten und mittelbar auch vielfach vom Krieg berührten finnischen Eisland zu vernehmen, so gewährt andererseits das Ergebnis dieser Wahlkämpfe die stolze Zuversicht, daß die sozialistische Idee — trotz des Weltkriegs und seiner Begleiterscheinungen im Innern der Staaten — unaufhaltsam ihren Siegeszug fortsetzen wird.

## Der französische Tagesbericht.

Paris, 12. Juli. (W. L. V.) Amtlicher Bericht von Dienstag nachmittag. Auf beiden Ufern der Somme verlief die Nacht ruhig. Die Gesamtzahl der in den beiden letzten Tagen südlich der Somme gemachten Gefangenen übersteigt 1800. Auf dem linken Ufer der Maas herrschte ziemlich große Tätigkeit der Artillerie in den Abschnitten von Woocourt und Chantoncourt. Auf dem rechten Ufer verdoppelte sich die Stärke des deutschen Bombardements von Fleury bis östlich von Chenois. Im Laufe der Nacht griffen die Deutschen um 4 Uhr an der ganzen von der Artillerie beschossenen Front an und saßen in den vorgeschobenen Gräben östlich des Humingehölzes und von Chenois Fuß, aber ein sofortiger Gegenangriff warf sie überall zurück. An den anderen Stellen genigten Sperr- und Maschinengewehrfeuer. Das Bombardement geht in der gleichen Gegend weiter. Westlich von Pont-à-Mousson scheiterte ein deutscher Handstreich im Mortarewald vollständig. In Lothringen griffen die Deutschen nach Artillerievorbereitung den vorspringenden Winkel bei Treillon an und drangen auf einer Front von 200 Meter in einen Graben der ersten Linie ein. Nordöstlich von Bebo versuchten die Deutschen unter Ausnutzung von vier Minenexplosionen einen Schützengraben zu nehmen. Gewehrfeuer hielt sie an und zwang sie, unter Hinterlassung von Toten und Verwundeten, zurückzugehen. Die Franzosen besetzten die Trichter. In den Vogesen südlich von Lusse wurde ein deutscher Angriff mit Handgranaten abgeschlagen. Nördlich von Fontenelle drangen die Franzosen durch einen Handstreich in die erste Linie der feindlichen Unterfüllungsgräben ein, säuberten sie und brachten einige Gefangene heim.

Paris, 12. Juli. (W. L. V.) Amtlicher Bericht von Dienstag abend. Auf beiden Seiten war der Tag an der Somme verhältnismäßig ruhig. Kleinere Kampfhandlungen im einzelnen gestalteten sich, das Wäldchen nördlich von Maisonnelle vollständig zu säubern und einige Verbindungsgräben zu besetzen. Zwischen Estrées und Velloven-Santerre machten wir Gefangene. Auf dem rechten Maasufer erneuerten die Deutschen heute morgen ihre Angriffe auf der Front Bahnhof Fleury-Wald von Baum-Chapitre-Wald—le Chenois. Nach mehreren vergeblichen Versuchen, die ihm starke Verluste kosteten, gelang es dem Feinde in der Batterie von Damloup und in einzelnen Teilen unserer Linie im Humin-Waldes Fuß zu fassen. Die Beschießung ist in der ganzen Gegend sehr heftig. Auf dem linken Maasufer mittlere Tätigkeit der Artillerie. Auf dem übrigen Teile der Front die übliche Beschießung.

Flugdienst: In der Gegend der Somme lieferten unsere Flugzeuge gestern 14 Kämpfe. Vier feindliche Flugzeuge, die durch unsere Maschinengewehre ernstlich getroffen wurden, waren gezwungen, schleunigst herunterzugehen. Einer unserer Flugzeugführer konnte sein brennendes Flugzeug in unsere Linien zurückbringen und ohne Unfall landen. Unsere Beschießungsgeschwader waren in der Nacht vom 10. zum 11. Juli tätig. 220 Granaten wurden auf verschiedene Bahnhöfe abgeworfen, von denen lebhaftes Treiben gemeldet war, hauptsächlich auf die von Ham, la Bère und Chauny.

Belgischer Bericht: In Gegend von Verbyse im Laufe des Nachmittags Artilleriekampf. Die deutschen Stellungen bei Dignunde und Boumen wurden heute unter das Feuer unserer großkalibrigen Geschütze genommen. Das Feuer war sehr wirksam.

## Die englische Meldung.

London, 11. Juli. (W. L. V.) Amtlicher Bericht aus dem britischen Hauptquartier. Letzte Nacht nahm unsere Infanterie nach einer ausgiebigen Beschießung wiederum Contalmaison im Sturm und machte 189 unverwundete Gefangene, darunter einen Bataillonkommandeur und vier andere Offiziere. Ein heftiger deutscher Gegenangriff im Laufe der Nacht wurde mit schweren Verlusten für den Feind zurückgeschlagen. Das ganze Dorf ist jetzt in unseren Händen. Weiter östlich erkämpften wir mehrere Laufgrabenlinien im Wäldchen von Namey. Der größere Teil des Wäldchens ist jetzt in unserem Besitz. Wir erbeuteten hier eine schwere Haubitze und drei Feldgeschütze und machten 298 unverwundete deutsche Gefangene, darunter drei Offiziere. Im Walde von Trones dauert der heftige Kampf fort.

London, 11. Juli. (W. L. V.) Amtlicher Bericht. Nach zehn Tagen fortgesetzter Kämpfe haben unsere Truppen die methodische Besetzung des gesamten ersten feindlichen Verteidigungssystems auf einer Front von 14 000 Yards vervollständigt. Die Briten haben nahezu den ganzen Wald von Trones wiederbesetzt.

## Wirkungen der Offensive 1914.

Im „Berliner Tageblatt“ lesen wir: „Der französische Minister des Innern hat neulich dem Parlament einen Bericht über die Zerstörungen in den nicht oder nicht mehr von deutschen Truppen besetzten Gegenden vorgelegt. In siebenhundertvierundfünfzig Gemeinden, die besonders im Sommer 1914, beim deutschen Vormarsch zur Marne, Kampfschauplatz waren, hat man die Schäden festgestellt. Allein im Departement Marne sind 11 607 Häuser teilweise, 8469 völlig zerstört. Das Departement Pas-de-Calais weist 6660 gänzlich erledigte und 6792 halb zerstörte oder verbrannte Gebäude auf. Die Zusammenrechnung besagt, daß es in den siebenhundertvierundfünfzig Gemeinden, wo man die Zählung vornehmen konnte, 18 609 ganz vernichtete Häuser und 25 594 Halbbrünnen gibt. Der Boden von zweitausendfünfhundertvierundfünfzig Gemeinden ist noch von den Deutschen okkupiert.“

## Wiederbeginn des deutsch-französischen Verwundetenaustausches.

Bern, 12. Juli. (W. L. V.) Wie die schweizerische Depeschagenatur meldet, beginnt der Austausch der Schwerverwundeten wieder. Die ersten Deutschen sind bereits aus dem Innern Frankreichs nach Lyon befördert worden.

## Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 12. Juli 1916. (W. L. V.)

### Westlicher Kriegsschauplatz.

Die am 10. Juli nachmittags eingeleiteten Kämpfe beiderseits der Straße Vapaume—Albert, in Contalmaison und im Walde von Namey, sowie neue Gefechte am Wäldchen von Trones und südlich davon werden mit erbitterter Heftigkeit fortgesetzt.

Südlich der Somme haben die Franzosen bei einem großangelegten Angriff auf der Front Bellon—Soyecourt eine empfindliche Schlappe erlitten, der Angriff ist in unserem Feuer vollkommen zusammengebrochen, ebenso stützten schwächere gegen La Maissonette—Warleng angelegte Kräfte unter großen Verlusten in die Ausgangsstellung zurück.

An mehreren Stellen der Champagne-Front, so östlich und südöstlich von Reims und nordwestlich von Massiges, ferner nordwestlich von Flirey wurden französische Teilangriffe abgeschlagen.

Im Maasgebiet spielten sich links des Flusses nur kleinere Kämpfe ab. Rechts des Flusses haben wir unsere Stellungen näher an die Werke von Souville und Laufe herangezogen und dabei 39 Offiziere 2106 Mann zu Gefangenen gemacht. Starke Gegenangriffe wurden glatt abgewiesen.

Deutsche Patrouillenunternehmungen südwestlich von Dignunde, südwestlich von Cerny (Widnegebiet) und östlich von Pfettershausen hatten Erfolg.

Ein englischer Doppeldecker wurde bei Athies (südlich von Peronne) in unseren Linien zur Landung gezwungen, ein feindliches Flugzeug stürzte bei Soyecourt, eins in unserem Abwehrfeuer bei Chattancourt ab. Bei Dombasle (westlich der Maas) wurde ein Fesselballon durch unsere Flieger abgeschossen.

### Ostlicher Kriegsschauplatz.

Ein Uebergangversuch schwächerer russischer Kräfte über die Düna westlich von Friedrichstadt und Angriffe südlich des Narocz-Sees wurden vereitelt.

An der Stochod-Front ist die Lage im allgemeinen unverändert. Russische Abteilungen, die sich bei Janowka auf dem linken Ufer festzusetzen versuchten, wurden angegriffen; kein Mann von ihnen ist auf das Südufer entkommen. Hier und an der Bahn Kowel-Kowno wurden gestern noch über 800 Mann gefangen genommen; die Ausbeute der beiden letzten Tage am Stochod beträgt außer einer Anzahl Offiziere 1932 Mann und zwölf Maschinengewehre.

Unsere Fliegergeschwader haben ihre Angriffstätigkeit östlich des Stochod fortgesetzt; ein feindlicher Fesselballon wurde abgeschossen.

### Balkan-Kriegsschauplatz.

Keine wesentlichen Ereignisse.

### Oberste Heeresleitung.

## U-Boot-Erfolge im Juni.

Amtlich. Berlin, 12. Juli. (W. L. V.) U-Boot-Erfolge. Im Monat Juni sind 61 feindliche Handelsschiffe mit rund 101 000 Bruttoregistertons durch Unterseeboote der Mittelmächte versenkt oder durch Minen verloren gegangen.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

## Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 12. Juli. (W. L. V.) Amtlich wird veröffentlicht:

### Russischer Kriegsschauplatz.

Die Lage erfährt auch gestern keine Aenderung. Auf der Höhe Horde südöstlich von Mikuliczyn schlugen unsere Truppen russische Vorstöße zurück.

Auch am unteren Stochod scheiterten abermals mehrere Angriffe des Feindes.

Die am Stochod kämpfenden verbündeten Streitkräfte haben in den letzten zwei Tagen 2000 Mann und 12 Maschinengewehre eingebracht.

Bei Oberthyn in Ogalzizien schloß ein österreichisch-ungarischer Flieger ein russisches Formanflugzeug ab.

### Italienischer Kriegsschauplatz.

Südöstlich des Suganertales schlugen unsere Truppen gestern vormittag einen starken italienischen Angriff gegen den Monte Rasta ab. Die feindliche Infanterie, die auf Entfernung liegen blieb, wurde durch unser flankierendes Artilleriefeuer gezwungen, in den Abendstunden weiter zurückzugehen, wobei sie über 1000 Mann verlor. An allen anderen Fronten blieb die Gefechts-tätigkeit in den gewöhnlichen Grenzen.

Einer unserer Flieger besetzte das Secarsenal von Spezia mit Bomben und lehrte hierauf wohlbehalten zurück.

### Südöstlicher Kriegsschauplatz.

An der unteren Bosuja Geschützkampf.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: v. Poeser, Feldmarschalleutnant.

### Ereignisse zur See.

Am 11. Juli früh haben drei italienische Zerstörer die Stadt Parenzo aus sehr großer Entfernung kurze Zeit beschossen, zwei Privathäuser und den Turm des Landtagsgebäudes beschädigt. Sonst kein Schaden, niemand wurde verletzt. Unsere Abwehrbatterien haben Treffer erzielt, worauf die Zerstörer sofort abfuhren. Nachmittags haben einige unserer Seeflugzeuge auf die Stadt Ravenna und die Batterien von Corsini Bomben abgeworfen und sind trotz sehr heftigen Abwehrfeuers unverfehrt zurückgekehrt.

Flottenkommande.

## Der russische Kriegsbericht.

Petersburg, 12. Juli. (W. L. V.) Amtlicher Bericht vom 11. Juli. (Nachmittagsbericht.) Westfront: Die Kämpfe am Stochod dauern an. Der Feind, der Verstärkungen herbeigebracht hat und mächtige Artillerie vorgehoben hat, leistet hartnäckigen Widerstand. — An der Front Orzoza (21 Kilometer nordwestlich von Kimpolung)—Gundul—Poldowi (15 Kilometer westlich von Kimpolung) — nordwestlich von Kimpolung warfen wir nach beständigem Kampfe starke feindliche Kräfte zurück. An einigen Stellen ergriff der Feind, den wir mit dem Bajonett zurückdriven, die Flucht.

Feindliche Flieger überflogen den Bahnhof Jadworie (3 Kilometer nordwestlich von Stolpo) an der Bahn Kinsk—Baranowitschi und warfen 66 Bomben ab.

Im Nowischen Meer in der Nähe der kaukasischen Küste versenkte ein feindliches Unterseeboot ein unbeladenes Transportschiff.

Kaukasus: An der Front in der Richtung Wairurt besetzten unsere Jagdkommandos in der Nacht vom 9. Juli eine von den Türken besetzte Höhe, eroberten ein Maschinengewehr und töteten mit dem Bajonett einige Leute. — Weiter südlich eroberten unsere Truppen von neuem im Sturm einige stark besetzte türkische Stellungen, welche wir weiter ausbauten. Wir machten am 8. Juli 80 Offiziere und ungefähr 350 Soldaten zu Gefangenen. — Im Raume von Diarbekr im Hezenkawa-Tale (?) wiesen unsere Vorpostentruppen einen feindlichen Angriff leicht ab.

Eine ungefähre Zählung an Kriegsgefangenen und Trophäen, die im Laufe der Operationen des Generals Brussilow gegen die deutsch-österreichische Armee in der Zeit vom 4. bis 10. 7. gemacht worden sind, ergab folgende Zahlen: 5620 Offiziere, 266 000 Soldaten, 812 Geschütze, 866 Maschinengewehre.

Petersburg, 12. Juli. (W. L. V.) Amtlicher Bericht vom 11. Juli. (Abendbericht.) Westfront: Im Raume von Stochod wird weiter gekämpft. Der Gegner legt hier große Erbitterung an den Tag. Zu gleicher Zeit führen feindliche Flieger Flüge hinter der Front unserer Truppen aus, indem sie zahlreiche Bomben abwerfen und mit Maschinengewehrfeuer wirken. Im übrigen ist die Lage unverändert.

## Ein russischer Kriegshafen im nördlichen Eismeer.

Der „Neuen Zürcher Zeitung“ wird unter dem 21. Juni aus Christiania geschrieben:

Im Anschluß an die Murmanbahn, mit der ein großer Schiffsverkehr nach Semenowa, dem Endpunkt der Bahn, bevorsteht, hat Rußland auf der Insel Kilbin einen neuen Kriegshafen geschaffen, der jetzt, wie in Bergen eingetroffene Nachrichten besagen, vor der Vollendung steht. Die Insel Kilbin liegt etwas östlich von der Kolabucht und der an der Südküste der Insel gelegene Hafenplatz war schon eilfde Jahre vor dem Kriege als Notlandungsplatz ausdiesesehen worden. Nach Ausbruch des Krieges wurden die Arbeiten kräftig gefördert. Rußland ließ sich daher die schnelle Schaffung eines Stützpunktes um so dringender angelegen sein, als die Einfahrt zur Kolabucht mit der kommenden Inbetriebsetzung der Murmanbahn eine außerordentliche Wichtigkeit erhält, indem ja dann ein großer Teil der Schifffahrt, der sonst den langen Weg nach Archangelsk machen muß, den Weg zur Kolabucht nimmt. Die Herstellung des Hafens Kilbin soll die Summe von 40—50 Millionen Rubel verschlingen haben, was sich dadurch erklärt, daß umfangreiche Sprengarbeiten in dem felsigen Boden ausgeführt werden mußten. Gleichzeitig wird nach Bergen gemeldet, daß auf der Murmanbahn bereits ein leichter Verkehr stattfinde. Von Petersburg aus ist die Bahnverbindung bis Soroka an der Südküste des Weissen Meeres fertig. Sie geht südlich um den Ledogajee und dann von der Station Wjanka aus in ziemlich gerader Richtung an der Westküste des Ozeanmeeres entlang bis Soroka. Von Soroka bis nach Kandalaksh hinan, das an der Nordküste des Weissen Meeres liegt, ist die Bahn erst im Bau begriffen, während der nördlichste Teil, die Strecke von Kandalaksh bis Semenowa, ziemlich fertig sein dürfte, so daß ein vorläufiger Betrieb beginnen kann. Die durchgehende Verbindung mit Petersburg wird jedoch nur dadurch ermöglicht, daß ein Verkehr zwischen Soroka und Kandalaksh, also längs der an der Westküste des Weissen Meeres liegenden Linie, mittels Schiffen aufrechterhalten wird. Ehe die Murmanbahn in ihrer g'rämten Ausdehnung fertig ist, wird sicher noch längere Zeit vergehen. Wie es heißt, wollte sich Njehemer nach Semenowa am Kolafjord begeben, um auf dem neuen Verkehrsweg nach Petersburg zu reisen. Bei dem neuen Kriegshafen Kilbin sollen kleinere Kreuzer und Torpedojäger zum Schutze der Murmanbahn stationiert werden. (z)

## Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 11. Juli. (W. L. V.) Amtlicher Bericht. Infolge unseres andauernden Druckes im Trentino und unserer kräftigen Offensiven in den Hochtalern von Boite und Sut und am unteren Isonzo mußte der Gegner an unserer Front Truppen zurückrufen, die er schon zurückgezogen hatte, um sie an die Ostfront zu senden. Dies geschah mit dem dritten Korps, dessen Divisionen schon aus den ersten Linien zurückgezogen worden waren und sich zum Abmarsch vorbereiteten, mit der neunten Division und der 187. Landsturmbrigade, die schon unterwegs war und deren Anwesenheit wir von neuem festgestellt haben. Gestern starker Kampf der beiderseitigen Artillerien im Etschtale. Auf dem Pasubio eroberten wir Stellungen nördlich des Monte Corno, aber einem heftigen feindlichen Gegenangriff gelang es, sie uns zum Teil wiederzunehmen. Wir machten 84 Gefangene. Auf der Hochebene von Schleggen erneuerten Alpinabteilungen den Angriff auf die feindlichen Stellungen in der Gegend von Monte Ghisla, wobei sie einige Fortschritte machten. Nördlich des San Giobannipasses besetzten wir den Paß Degli Ucelli im oberen Teile des Cialales (Vanolbach). In der Gegend der Tosana versuchte der Gegner einen Ueberfall auf die von uns am 9. Juli tagsüber eroberten Stellungen. Er wurde unter sehr schweren Verlusten zurückgeschlagen und ließ in unseren Händen dreißig Gefangene und ein Maschinengewehr zurück. An der Isonzofront Artillerietätigkeit und beiderseits Bombenkampf. Cadorna.

## Die türkische Hauptquartiersmeldung.

Konstantinopel, 11. Juli. (W. L. V.) Das Hauptquartier teilt mit:

An der Trakfront keine Veränderung. An der Kaukasusfront auf dem rechten Flügel kein wichtiges Ereignis. Im Zentrum wiederholte der Feind gestern seine Angriffe gegen unsere Stellungen südlich des Tschoruk, konnte aber trotz seiner ungeheuren Verluste kein merkliches Ergebnis erzielen. Nördlich des Tschoruk östliche Feuerkämpfe.

Von den anderen Fronten liegt keine neue Nachricht vor.

## Bulgarischer Hauptquartiersbericht.

Sofia, 11. Juli. (W. L. V.) Meldung der Bulgarischen Telegraphenagentur. Das Hauptquartier berichtet: In der Lage an der mazedonischen Front ist keine Veränderung zu verzeichnen. Schwache beiderseitige Artillerietätigkeit und häufige Scharmühen zwischen Patrouillen und

Erkundungsabteilungen dauern fort. Am 9. Juli versuchte eine französische Abteilung einen Beobachtungsposten im Süden des Doiran-Sees anzugreifen. Der Posten empfing den Feind aus geringer Entfernung mit heftigem Infanteriefeuer und Handgranaten und zwang ihn, in Unordnung die Flucht zu ergreifen, unter Zurücklassung von vier Toten, vielen Gewehren und Ausrüstungs- und Verwundungsgegenständen. Der Feind ist hartnäckig darauf erpicht, die Früchte der Arbeit der friedlichen Bevölkerung im unteren Teile der Mesta zu zerstören, indem er täglich Brandbomben wirft, um die schon abgemähten Felder in Brand zu stecken. Infolge der von uns ergriffenen wirksamen Maßnahmen erzielt er aber kein Ergebnis. Die von unseren Fliegern entfaltete Erkundungstätigkeit nimmt täglich zu; sie legen Proben lobenswerter Nüchternheit ab.

### Vom U-Boot-Krieg.

London, 12. Juli. (W. Z. V.) Die Lloyd's meldet, ist das Fischerboot „Stafia“ durch ein deutsches Unterseeboot versenkt worden. Die Besatzung ist gerettet.

### Verletzung der schwedischen Neutralität durch russische U-Boote.

Stockholm, 12. Juli. (W. Z. V.) Wie die Blätter aus Stettin melden, hat die Wegnahme des deutschen Dampfers „Lissabon“ und „Worms“ auf schwedischem Seegebiete stattgefunden. Vorgangene Nacht 12 1/2 Uhr zeigten sich zwei russische Torpedoboote mittlerer Größe. Es wurde ein Schuß abgefeuert. Der Dampfer „Lissabon“ erhielt den Befehl, ostwärts zu steuern. Der Kapitän von der „Lissabon“ machte energisch darauf aufmerksam, daß sich der Dampfer weit innerhalb der schwedischen Hoheitsgrenze befand. Die Russen nahmen aber von diesem Einspruch keine Notiz. Der Dampfer „Worms“ erhielt ebenfalls den Befehl, ostwärts zu steuern. Die Besatzungen der beiden Dampfer mußten in die Boote gehen, ohne ihr Eigentum mitnehmen zu können. Das größere von den zwei Booten der „Worms“, worin sich 24 Mann befanden, verschwand; es ist wahrscheinlich von den Russen aufgehalten worden. Die übrigen Boote wurden von den Torpedobooten beschossen, doch ist niemand verletzt worden. Die Mannschaften sind in Stettin eingetroffen.

Stettin, 12. Juli. (W. Z. V.) „Stettin-Abendblatt“ erfährt zur Aufbringung des deutschen Dampfers „Lissabon“: Kapitän Major erklärte den Russen energisch, daß die Aufbringung des Dampfers weit auf schwedischem Territorium stattfände. Der schwedische Kapitän Bonnevier aus Glesle, der sich an Bord des „Lissabon“ aufhielt, da man im Falle der Aufbringung einen schwedischen Zeugen an Bord zu haben wünschte, bestätigte den Protest des Kapitäns. Da die Russen die Proteste unbeachtet ließen, verließ die Besatzung das Schiff in Rettungsbooten. Die „Worms“ setzte ebenfalls zwei Boote mit 13 und 24 Mann aus. Das größere Boot verschwand plötzlich, wahrscheinlich war es russischerseits gefaßert. Das zweite Rettungsboot wurde von russischen Torpedobooten mit Gewehr- oder Maschinengewehrfeuer beschossen.

### Beschießung eines englischen Hafens durch ein deutsches U-Boot.

London, 12. Juli. (W. Z. V.) Amtlich. Reutermeldung. Gestern abend um 9 1/2 Uhr erschien ein deutsches Unterseeboot vor dem kleinen unverteidigten Hafen Seaham Harbour und feuerte aus einer Entfernung von wenigen hundert Yards einige dreißig dreißig Schrapnells ab. Eine Frau wurde ernstlich verwundet und starb am nächsten Morgen. Ein Haus wurde von einem Geschöß getroffen. Sonst kein Verlust an Menschenleben und kein Schaden.

### Die Untersee-Verkehrslinie und die Seekriegsführung

erörtert nochmals ausführlich der Marinekritiker Reventlow in der „Deutschen Tageszeitung“. Er kommt in seinen Ausführungen zu folgendem Resultat:

„Eine unterseeische Frachtlinie zwischen Deutschland und Amerika kann, auch wenn der Krieg noch länger dauert, nur einen verhältnismäßig ganz kleinen Teil eines normalen deutschen Unterseehandels bilden, eines so kleinen Teils, daß Vergleiche von vornherein ausscheiden. Er kann nicht entfernt das ersetzen, was eine lokale Innehaltung der Londoner Deklaration für Deutschland und gar für die Neutralen bedeutet hätte. Und der Erfolg des Rechtes durch Gewalt und rücksichtslose Willkür wird durch die unterseeische Frachtlinie überhaupt nicht herabgesetzt. Entscheidend kommt hinzu, daß die unterseeische Frachtlinie zwar ein kleines Mittel einer sozusagen wirtschaftlichen deutschen Offensive bildet, aber kein Mittel zu einer direkten Schädigung und Gefährdung unserer seefahrenden Gegner, zumal Großbritannien. Die unterseeische Frachtlinie gehört nicht zu den Kampfmitteln, welche auf Vernichtung des Gegners bezw. seiner Kampfkraft und Lebenskraft dienen. Sie kann demgemäß auch nicht als Ersatz für solche Kampfmittel, welche Großbritannien Lebenswurzel abzuschneiden imstande sind, dienen. Deshalb wäre eine Verweigerung ungerecht und durch keinen stichhaltigen Grund zu rechtfertigen: Durch die Einrichtung der deutsch-amerikanischen Unterseeleinie wären die deutsch-amerikanischen Beziehungen noch wertvoller geworden. Man müsse also unbedingt denn je zuvor an dem Grundsatze festhalten, daß diese Beziehungen nicht gefährdet oder gar gestört würden durch eine deutsche Seekriegsführung, welche in Washington Unwillen erregen könnte. Wir würden uns nicht wundern, wenn sich demnach in Deutschland derartige Argumente bemerkbar machten und wollten deshalb von vornherein zu ihrer Entkräftung beitragen. Wir erwänten neulich das britische Verfahren, alle Rücksichten hintenanzustellen, alles dem Ziele unterzuordnen, den Hauptgegner vernichtend zu treffen, also in diesem Sinne Offensive über Defensive zu setzen. Unseres Erachtens muß dieser Grundsatz auch für uns und auch gegen Großbritannien gelten.“

### „Daily Mail“ über die Zukunft des Handels-U-Boots.

London, 11. Juli. (W. Z. V.) „Daily Mail“ schreibt im Leitartikel: Das Eintreffen des deutschen U-Boot-Einheitschiffes „Deutschland“ in Baltimore ist eines der dramatischsten Ereignisse dieses Krieges. Die „Deutschland“ ist zweifellos das erste U-Boot, das mit einer Ladung über den Ozean gefahren ist. Vielleicht ist es der Wühler künftiger Linien von Unterseebootschiffen. Es wäre unklug, das Ereignis verkleinern zu wollen. Es ist mehr als ein bloßes Ereignis. Es ist ein bedeutungsvolles Vorzeichen, ganz ähnlich dem Fluge Blériots

mit einem Aeroplan über den Kanal im Juli 1909. Wie diese Leistung die Lebensbedingungen bereits sehr wesentlich beeinflusst hat, so droht die Reise der „Deutschland“ sie noch weiterhin zu beeinflussen. Das Blatt fährt fort: Wir glauben nicht, daß die Schiffahrt unter See den jetzigen Krieg ernstlich beeinflussen kann. Aber es ist mehr als ärgerlich, daß Deutschland in der Lage ist, sich einen sicheren, wenn auch beschränkten Verkehrsweg nach den Vereinigten Staaten zu eröffnen. Es kann Wertpapiere und Farbstoffe verschicken und im Austausch die Waren erhalten, die es am nötigsten braucht, wenn auch vorläufig nur in geringen Mengen. Aber wenn mehr und größere U-Boote gebaut werden, so könnten sie trotz der Ullade Handel treiben. Der Wert der Seemacht würde erheblich neutralisiert werden. Das weitere Schlimme ist, daß in ein paar Jahren ein Boot von jeder erdenklichen Größe überallhin wird fahren können. Wie die Entwicklung der Luftschiffahrt die Sicherheit zu Lande vermindert hat, so hat das Emporkommen des U-Bootes die Sicherheit zur See vermindert.

### Eine deutsche Antwort auf die englische Denkschrift über die Behandlung belgischer Arbeiter.

Brüssel, 10. Juli. (W. Z. V.) Das Auswärtige Amt in London veröffentlicht durch Reuter Auszüge aus einer Denkschrift, in der behauptet wird, daß durch Verordnungen des Generalgouverneurs Prohibieren von Wiffing belgische Arbeiter gezwungen würden, entgegen den Bestimmungen des Haager Abkommens für die deutsche Armee zu arbeiten. Da die Denkschrift nicht in ihrem vollen Inhalte veröffentlicht ist, sondern nur einzelne Stellen aus dem Zusammenhange heraus angeführt werden, so ist ein genaueres Eingehen auf sie nicht möglich. Es kann sich daher hier nur darum handeln, den Sachverhalt in großen Zügen darzustellen und die Dinge ins richtige Licht zu setzen.

Am 14. und 15. August 1915 hat der Generalgouverneur in Belgien zwei Verordnungen gegen die Arbeitsverweigerung erlassen. Die erste Verordnung sollte die Durchführung von im öffentlichen Interesse erforderlichen Arbeiten sicherstellen, die andere Verordnung — Verordnung gegen die Arbeitsverweigerung — sollte kräftige und arbeitsfähige Personen zwingen, eine Arbeit anzunehmen, ohne die sie der öffentlichen oder privaten Unterstutzung anheim fielen. Es ist aber unter den erwähnten Voraussetzungen nicht ein Zwang zur Arbeit schlechthin eingeführt worden, sondern nur ein Zwang zu solchen Arbeiten, die der beruflichen Tätigkeit in der betreffenden oder seinem Leistungsvermögen entsprechen, und nur dann, wenn ein hinreichender Grund zur Arbeitsverweigerung vorliegt. Als hinreichend ist aber ausdrücklich jeder auf dem Völkerrecht beruhende Grund bezeichnet worden. In beiden Verordnungen ist auch derjenige mit Strafe bedroht, der willkürlich der unberechtigten Arbeitsverweigerung Vorschub leistet. Nach diesen Verordnungen ist somit nicht nur die Arbeitsverweigerung, die nach völkerrechtlichen Grundsätzen berechtigt ist, sondern auch die Unterstutzung von Arbeitern, die ein auf dem Völkerrecht beruhendes Recht zur Arbeitsverweigerung haben, straflos. Die Verordnung betreffend die Arbeitsverweigerung hat unter dem 15. Mai 1915 eine Abänderung erfahren. Es sind nämlich die Militärgerichte statt der belgischen Gerichte für zuständig erklärt worden, und es ist an die Stelle der in allen Ländern als besonders harte Maßregel angesehenen Ueberweisung an das Arbeitshaus die zwangsweise Abschiebung zur Arbeitsstelle getreten, wo von dem Betroffenen nur eine seinem Leistungsvermögen entsprechende Arbeit verlangt wird.

Man sieht, daß es sich um Verordnungen handelt, die im öffentlichen Interesse und durch Steuerung der auch von belgischer Seite vielfach auf das lebhafteste beklagten mißbräuchlichen Inanspruchnahme der Armenunterstutzung durch gesunde und arbeitsfähige Personen erlassen sind. Aus diesen durchaus sachgemäßen und aus gesunden gesetzgeberischen Erwägungen entspringenden Maßnahmen macht die englische Denkschrift eine schreiende Völkerrechtsverletzung. Die Denkschrift muß zugeben, daß der Wortlaut der Verordnungen, die ausdrücklich jeden auf dem Völkerrecht beruhenden Weigerungsgrund als straflos ausschließend anerkennen, die Beschuldigung widerlegt. Sie hilft sich daher mit der Behauptung, daß die deutschen Militärgerichte die Schutzklauseln der Verordnungen nicht pflichtmäßig anwenden und das Recht beugten. Dieser gegen die deutschen Militärgerichte erhobene Vorwurf muß auf das schärfste zurückgewiesen werden. Er richtet sich übrigens von selbst. Denn er ist begründet auf dem 19. Bericht des belgischen Untersuchungsausschusses, aus dem eine Reihe angeleglicher Vorkommnisse angeführt wird. Der 19. Bericht der belgischen Kommission, die übrigens schon aus ihren früheren Berichten nicht nur in Deutschland, sondern auch dem neutralen Ausland fälschlich als ungläubwürdig bekannt geworden ist, ist aber am 6. August 1915 erschienen, also zu einer Zeit, da die in Rede stehenden Verordnungen noch gar nicht erlassen waren.

Ebenso unbegründet wie der von der Denkschrift erhobene Vorwurf der Völkerrechtsverletzung ist die damit zusammenhängende Behauptung, daß deutscherseits die in dem Schriftwechsel zwischen dem Freiherrn v. d. Landen und dem Gesandten einer neutralen Macht in Brüssel niedergelegten Vereinbarungen über die ungestörte Betätigung der belgischen Unterstutzungskommission nicht eingehalten worden seien.

### Zimmerwald und die russische Offensive.

Unter den Tollheiten, die das Häuflein der sozialnationalistischen Plebanow-Jünger im Pariser Organ dieser Gruppe „Prifw“ seit einigen Monaten produziert, verdient ein Artikel von Boris Boronow in der Nummer vom 17. Juni deshalb Beachtung, weil in ihm der geistige Niedergang des Sozialnationalismus in wahrhaft grotesker Form in die Erscheinung tritt. Der Artikel jubelt — unmächtig als die mehr Zurückhaltung übende ernste Pariser Presse — über den „Durchbruch“ der österreichischen Front und den glänzenden militärischen und moralischen Erfolg der russischen Offensive. Dieser Erfolg habe unter anderem auch der „Legende“ ein Ende gemacht, im modernen Krieg sei ein Durchbruch der Fronten unmöglich geworden.

„Die Kienthaler Bagastisten — so fährt Boronow fort — haben für die Kundmachung dieser Legende keine Farben gespart. Der ... Krieg, so sagten sie, sei auf einem Fleck stehen geblieben. Ungeachtet der Selatomben an allen Fronten gebe es kein entscheidendes Resultat. Es gebe weder Sieger noch Besiegte, oder richtiger nur Besiegte. Die herrschenden Klassen könnten infolgedessen die Zwecklosigkeit ihrer imperialistischen Herrschaftsträume konstatieren.“

Und da es nun weder Sieger noch Besiegte gebe, so müsse man nach dem sofortigen Frieden rufen. Freilich fügen die Kienthaler hinzu, daß dies ein Frieden ohne Annexionen sein müsse: es ist aber jedem klar, daß ein jetzt geschlossener sofortiger Frieden, wo die Deutschen von Serbien, Belgien, einem Teil Frankreichs und Rußlands Besitz ergriffen haben, ein deutscher Friede sein würde und eine Anerkennung der Hegemonie der angeworbenen deutschen Kauf über Europa.

Möglich, daß so mancher Ermüdete, der zu dem Glauben kam, entscheidende Resultate seien in diesem Kriege unmöglich, der zerschenden Propaganda der Kienthaler Gelehrten gefaselt hat? Wozu weiter kämpfen, wenn der Kampf dergestalt ist? Und so ließ man die Hände sinken, so erschloß die Energie. All dies zu ruhen des deutschen Imperialismus.“

Der wird aber nun nach der konkreten Widerlegung der Legende über die Unmöglichkeit des Durchbruchs der Fronten

den Kienthaler Weisen Gehör schenken? Zudem die Russen die österreichische Front durchbrochen, haben sie auch die Front der Zimmerwalder durchbrochen und alle ihre Konstruktionen wie ein Kartenhaus in alle Winde zerstreut.“

Eine gute Antwort auf dieses Produkt des Kriegssozialismus auf russischem Boden gibt das Pariser Tageblatt der russischen Internationalisten „Rasche Slovo“ in seiner Nummer vom 20. Juni. Zunächst präzisiert es seinen allgemeinen theoretischen Standpunkt in den Kriegfragen:

„Unsere Leser wissen, daß wir die Schicksale der sozialistischen Bewegung in Europa und die Methoden des Klassenkampfes nicht in Abhängigkeit setzen von den möglichen strategischen Episoden des Krieges, ja nicht einmal von seinem allgemeinen militärischen Endergebnis. Der Zimmerwalder Maßstab — ob gut oder schlecht — ist jedenfalls breiter und tiefer als der militärisch-strategische Maßstab. Demensprechend haben die Sozialpatrioten uns zweier Sünden beschuldigt: erstens, daß wir die unmittelbaren Ursachen des Krieges ignorierten und uns auf seine fundamentalistische Beschränkung; zweitens, daß wir den möglichen Einfluß des militärischen Uebergewichts der einen oder anderen Seite auf die Entwicklung der Demokratie und des Sozialismus außer acht ließen. Diese beiden „Beschuldigungen“ werden in ihrem Kern von uns akzeptiert, und auf diesem Boden spielte sich denn auch anfangs unser ganzer Kampf gegen den Sozialpatriotismus ab.“

Völlig unerwartet muß deshalb die Stellungnahme des „Prifw“ anlässlich der russischen Offensive erscheinen. Die österreichische Front sei durchbrochen, schreibt dieses einseitige Blatt, und infolgedessen sei auch die Front der Zimmerwalder durchbrochen. Wieso? Wie mögen das Verhältnis der Kräfte und der strategischen Lage der kriegsführenden Mächte in jedem gegebenen Augenblick richtig oder unrichtig einschätzen. Wir werden aber doch beschuldigt, und dies mit Recht, daß wir unsere Position nicht nach diesem Verhältnis einrichteten, sondern nach dem, das zwischen dem Lager des ... Proletariats und des kapitalistischen Imperialismus besteht. Wie kann denn also das Vordringen der russischen Truppen auf einige Duzend Kilometer die Grundzüge und Methoden von Zimmerwald untergraben? Wie, wenn Verdun viele, würde das etwa nach der Logik des „Prifw“ eine Bestätigung der Theorien von Kienthal bedeuten?

Natürlich ist das alles der reinste Unsinn. Indessen ist in dem hysterischen Geschrei des „Prifw“ eine gewisse politische Logik enthalten. Diese Leute haben alles, was sie ehemals als die Ideen und Aufgaben des Sozialismus betrachteten, an ihre Generalschäbe ausgeliefert. In den wirklichen oder scheinbaren Erfolgen dieser Generalschäbe sind sie deshalb geneigt, die Antwort auf alle theoretischen Argumente und politischen Methoden zu sehen, die ihren eigenen Gesichtskreis überschreiten. Wenn aber ihr geistiges Vermögen jetzt auf dem Hintertell eines Koffaltensplatzes liegt, so folgt daraus noch gar nicht, daß die Position von Zimmerwald mit Argumenten à la Pferdehuf zertrümmert werden könnte.“

### Die französische Hundertmillionen-Anleihe in Amerika perfekt.

New York, 7. Juli. (W. Z. V.) Durch Kunstspruch von dem Vertreter des W. Z. V. Die bereits gemeldeten Vereinbarungen für die Hundertmillionen-Dollar-Anleihe bei amerikanischen Bankfirmen für Frankreich sind nunmehr tatsächlich zum Abschluß gekommen. Nach den Abmachungen hat die französische Regierung bei einer zum Zwecke der Durchführung der Anleihe gebildeten amerikanischen Gesellschaft ein Unterpfand zum Marktwerte von 125 Millionen Dollar zu hinterlegen. Dieses Unterpfand hat aus Schuldverschreibungen neutraler Länder zu bestehen, wie Spaniens, der Schweiz, Schwedens, Dänemarks, Norwegens und einiger südamerikanischer Republiken. Frankreich hat zu allen Zeiten den Marktwert des Unterpfandes für die Anleihe auf 125 Millionen Dollar aufrechtzuerhalten.

### Ein amerikanisches Gesetz zur Wahrung der Rechte der Neutralität.

Eine von Wilson schon in seiner Dezemberbotschaft angekündigte Reihe gesetzgeberischer Maßnahmen zur Beobachtung der durch das Völkerrecht der Vereinigten Staaten gebieterisch auferlegten Verpflichtungen soll, wie ein Berichterstatter dem „Manchester Guardian“ vom 6. Juli mitteilt, Verbrechen gegen die amerikanische Neutralität nach Bundesgesetz strafbar machen. Das Auswärtige Amt hat bereits seine Zustimmung gegeben und den Entwurf mit seiner Empfehlung dem Kongress zur Annahme unterbreitet. Als Verbrechen gegen das Bundesgesetz wird alsdann betrachtet werden:

1. Die Verhinderung oder der Versuch zur Verhinderung der Ausfuhr amerikanischer Waren durch Verhinderung oder Täuschlichkeiten gegen Personen, die in der Herstellung oder bei der Ausfuhr solcher Artikel beschäftigt sind, oder durch Beschädigung der Waren, der Transportmittel oder der Anlagen zu ihrer Herstellung. Dies richtet sich natürlich gegen Verschwörungen zur Verhinderung der Erzeugung und des Transports von Munitions- und anderen militärischen Vorräten.
  2. Das Anbrandiden irgend eines mit den Vereinigten Staaten im Auslandshandel befindlichen Fahrzeuges, oder das Anbringen von Bomben oder Explosivstoffen an Bord, mit der Absicht, das Schiff oder seine Ladung zu beschädigen oder zu zerstören. Das gegenwärtige Gesetz über diesen Punkt soll technische Bestimmungen enthalten, deren Beobachtung schwer durchzuführen ist.
  3. Die Entsendung oder der Plan zur Entsendung irgend eines Schiffes aus einem amerikanischen Hafen, um an Feindseligkeiten teilzunehmen oder an eine kriegsführende Nation zwecks Teilnahme an Feindseligkeiten abgeholfen zu werden.
  4. Die Aenderung oder Fälschung von Pässen und die betrügerische Erlangung, Uebertragung und Verwendung von Pässen, fälschliche Angaben bei Nachsuchung von Pässen sollen auch als Verbrechen strafbar sein.
  5. Der betrügerische Gebrauch oder das Nachmachen des Siegels irgend eines Ressors der vollziehenden Gewalt oder einer Regierungskommission.
  6. Die Aufstellung einer Marineexpedition oder die Teilnahme oder der Versuch einer Teilnahme daran gegen eine Macht, mit der die Vereinigten Staaten sich im Kriege befinden. Das bestehende Recht schließt nicht ausdrücklich Marineexpeditionen unter die militärischen Expeditionen ein.
  7. Der Fluchtversuch aus den Vereinigten Staaten seitens eines internierten Offiziers, Soldaten oder Matrosen einer kriegsführenden Regierung. Die Weisung bei solchen Versuchen wird auch unter Strafe gestellt.
  8. Die fälschliche eidliche Aussage bezüglich irgend eines für den Gebrauch seitens einer fremden Regierung in irgend einem Streit oder eine Auseinandersetzung mit den Vereinigten Staaten bestimmten Schriftstücks. Die fälschliche schriftlich beschworene Aussage bezüglich der Munitionsladung auf der „Lustania“ würde unter diesen Artikel gefallen sein.
- Außerdem werden erweitert die Machtbefugnisse des Präsidenten betreffend die Verweigerung der Abfertigung verdächtiger Schiffe, weitere Verwendung der Land- und Seestreitkräfte zur Aufrechterhaltung der Neutralität, die Ausrufung einer strengeren Zensur über drastische Kabelformen an kriegsführende Länder, die Beschlagnahme von Waffen und Munition, die gegen ein Embargo ausgeführt werden sollen.
- Der Entwurf ist von der amerikanischen Presse gut aufgenommen worden.

# Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

## Die Laden- und Kontormöbeltischler zur Teuerungszulage.

Die Laden- und Kontormöbeltischler hatten durch ihre Vertreter den Vertretern der Unternehmer die kürzlich beschlossene Forderung einer Teuerungszulage von wöchentlich sechs Mark zu dem jetzt bestehenden Lohn- und Abforderverhältnissen unterbreitet. Die Unternehmer gaben zu, daß eine Teuerungszulage nötig sei, erklärten aber, hinsichtlich der Höhe könnten sie nicht allein entscheiden; sie müßten erst in einer Zusammenkunft mit den andern in Betracht kommenden Arbeitgeber Rücksprache nehmen. — Die Arbeitervertreter erklärten ihnen, daß ihre Kollegen an der Forderung einer Teuerungszulage von sechs Mark festhalten wollten und daß nun die Werkstattausschüsse mit den einzelnen Arbeitgebern verhandeln würden.

Nach Kenntnisnahme dieses Ergebnisses der Verhandlung mit den Vertretern der Arbeitgeber verpflichtete sich am Dienstag eine gutbesuchte Branchenversammlung der Laden- und Kontormöbeltischler, an der obigen Forderung festzuhalten und in den einzelnen Betrieben vorzugehen.

Mitgeteilt wurde in der Versammlung, daß die Firma Ruttner und Hanf in der Stallstraße seit vorigen Sonnabend bereits die 6 M. Teuerungszulage auszahle.

In der Diskussion wurde über die Firma Rahn besonders gellagt. Hier betrage der Durchschnittslohn, obwohl in der Woche sechs Stunden länger gearbeitet würde, 45 M.; es lämen aber auch niedrigere Löhne bis zu 30 M. herab vor.

## Teuerungszulage in der Küchenmöbelbranche.

Sowohl die Maler als auch die Tischler aus der genannten Branche waren wegen einer Teuerungszulage vorstellig geworden. Sie verlangten eine Aufbesserung von 15 Proz. Die Unternehmer aus der Malerbranche verstanden sich nach eingehenden Verhandlungen zu einer Zulage von 8 M. pro Woche bis zu einem Wochenverdienst von 60 M. Die Tischler waren betriebsweise vorgegangen und hatten ebenfalls eine solche Zulage, zum Teil wohl über 8 M. hinaus erhalten. Am Montag fand nun eine Versammlung für beide Branchen statt, in der die Sachlage besprochen wurde. Die Arbeiter beider Branchen bezeichneten die gewährte Zulage im Hinblick auf die große Teuerung für völlig unzureichend, zumal auch diese noch nicht einmal in allen Betrieben gezahlt wird. Die Versammlung beschloß indes, angesichts der ganzen Sachlage, sich vorläufig mit dem Zugeständnis von 8 M. zu begnügen, dort aber, wo die 8 M. noch nicht gewährt werden, durchzusetzen, daß dies geschieht.

## Deutsches Reich.

### Lohnhöhung in der Burgsteinfurter Tabakarbeitergenossenschaft.

Der herrschenden Teuerung Rechnung tragend, hat die Genossenschaft ihren Angestellten eine 20prozentige Gehaltszulage bewilligt. In einer Verhandlung mit der Gewerkschaft des Tabakarbeiterverbandes wurden die Löhne der Arbeiter in folgender Weise erhöht: Rauchtabakfabrikation: Stundenlöhne für jugendliche Arbeiter von 14—15 Jahren von 25 auf 30 Pf., für Arbeiter von 16—18 Jahren von 30 auf 43 Pf., für Arbeiter von 19—21 Jahren von 35 auf 49 Pf., für die übrigen Arbeiter von 40 auf 60 Pf., von 43 auf 63 Pf. und von 45 auf 68 Pf.; Maschinenisten: Wochenlohn von 25 auf 36,25 M.

Zigarrenfabrikation: pro Wille die Sorten von: 0,50 M. auf 14,50 M., 10,50 auf 15 M., 11 auf 15,75 M., 12,50

auf 16,25 M., 18 auf 18,75 M., 18 auf 20 M. und die Sorten von 20 M. auf 27,50 M.

Zurichter: Stundenlohn von 84 auf 60 Pf.; Sortierer und Fertigmacher: Stundenlohn von 48 auf 63 Pf. Die Zigarrenmacherlöhne verstehen sich bei freier Zurichtung.

Die Arbeiter der Genossenschaft erklärten sich mit dieser Erhöhung zufrieden.

Die Hamburger Werftarbeiter haben am 10. Juli auch auf den übrigen Werften die Mitteilung über die bewilligten Zulagen erhalten. Die Zulagen sind den bereits mitgeteilten der Vulkanwerft gleich.

## Gerichtszeitung.

### Urteil im Prozeß Schiffmann.

Im Strafprozeß Schiffmann verurteilte der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Meyer, in später Nachmittagsstunde das Urteil des Gerichts. Der Angeklagte wurde wegen fortgesetzten vollendeten Betruges zum Schaden der Vereinsbank Frankfurt a. O. zu 3 Jahren 9 Monaten Gefängnis und wegen versuchten Betruges in einem Falle zu 8 Monaten Gefängnis, zusammengezogen zu 4 Jahren Gefängnis, 3000 M. Geldstrafe event. noch 300 Tagen Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt. Fünf Monate wurden auf die erlittene Unterjuchungshaft angerechnet. In einem Falle wurde auf Freisprechung erkannt. Der Gerichtshof hat, wie der Vorsitzende in der kurzen Begründung ausführte, die Frage der Auslieferung sehr sorgfältig geprüft. Es sei zwar richtig, daß die Auslieferung wegen Kontrahatsverbrechens erfolgt ist, nach den bestehenden Verträgen mit der Schweiz aber eine weitere Strafverfolgung wegen Betruges durchaus statthaft sei; infolgedessen erübrige sich die von der Verteidigung angerogte Auskunftsbeholung beim Justizminister. Der Angeklagte, der bereits im Jahre 1906 25 000 M. Schulden hatte, habe durch Täuschung mittels Auskünften in Verbindung mit falschen Angaben über sein angebliches Vermögen von 160 000 M. die Vereinsbank zu einer neuen Kreditgewährung veranlaßt, ohne daß ihm der Gedanke an Rückzahlung ernstlich gekommen sei. — Er habe ferner von der Hand in den Mund gelebt, dabei aber eine kostspielige Lebenshaltung gehabt. Soweit die von ihm gegebenen Unterlagen überhaupt Wert hätten, seien sie schwer realisierbar. Von 1909 an habe sich auch Direktor Schumann über seine Vermögenslage nicht mehr täuschen können und deshalb sei eine Täuschung nur bis zu diesem Zeitpunkt angenommen worden.

### Befugnisse der Preisprüfungsstelle.

Gegen eine Maßnahme der Preisprüfungsstelle erklärte sich die 1. Strafkammer des Landgerichts I in einer Anklagesache wegen Ueberschreitung der Höchstpreise.

Angeklagt war der Vorsteher der Nahrungsmittelabteilung eines Warenhauses. Er ist beschuldigt, den für Karotten festgesetzten Höchstpreis überschritten zu haben. Dieser beträgt 11 Pf. für das Pfund; der Angeklagte gab zu, 15 Pf. gefordert zu haben; er entschuldigt sich jedoch damit, daß früher hauptsächlich nur gewaschene Karotten im Handel waren, und dann, als die Höchstpreise in Kraft traten, nur ungewaschene Karotten auf den Markt kamen, die derart mit Schmutz und Erde bedeckt waren, daß sie schlecht verkauft werden konnten. Infolgedessen habe schließlich eine Wesperschaft mit der Abteilung A der Preisprüfungsstelle stattgefunden, die dazu führte, daß dort beschlossenen wurde, daß Karotten mit 33 Proz. Aufschlag verkauft werden dürfen, wenn sie vorher gewaschen worden seien. Wie Landgerichtsdirektor Dr. Schwarze bei der Urteils-

verkündung ausführte, hat nach Ansicht des Gerichts die Preisprüfungsstelle in diesem Falle das ihr zustehende Recht überschritten. Die Preisprüfungsstelle sei nicht dazu da, Preise abzuändern, sondern sie habe Sorge zu tragen, daß die von dem Bundesrat festgesetzten Höchstpreise innegehalten werden. Im vorliegenden Falle seien aber nicht nur die Preise abgeändert worden, die Preisprüfungsstelle habe sogar dazu beigetragen, daß die Akten der zur Anzeige gebrachten Fälle weitergegeben wurden, als Bedenken gegen das Verfahren laut wurden. Durch ein derartiges Vorgehen nehme die Preisprüfungsstelle dem Gericht die Möglichkeit darüber zu wachen, daß die gesetzlichen Vorschriften zur Anwendung gebracht werden. Laut der in Betracht kommenden Verordnung sei der Höchstpreis für Karotten auf 11 Pf. pro Pfund festgesetzt, ohne Rücksicht darauf, ob die Karotten bereits gewaschen sind oder nicht. Der Beschluß, daß gewaschene Karotten mit 33 Proz. Aufschlag verkauft werden dürfen, stelle eine glatte Umgehung der Höchstpreise dar. Eine Person wie der Angeklagte mußte erkennen, daß ein derartiges Verfahren nicht berechtigt war, namentlich, da davon gesprochen wurde, daß von einer diesbezüglichen Veröffentlichung Abstand genommen werden sollte, um Weiterungen zu vermeiden. In der Tat wären auch die betreffenden Akten nicht weitergegeben worden, wenn die Verkäuferin nicht auf den Verkaufszettel „Röhren“ statt „Karotten“ geschrieben und man gegen den Verkauf von Röhren zu den erwähnten höheren Preisen hätte Front machen wollen. Aus allen Begleitumständen mußte dem Angeklagten zum Bewußtsein kommen, daß er nicht geschäftlich vorging, mindestens liegt Dolus eventualis vor. Deshalb befähigte das Gericht das erstinstanzliche Urteil, welches auf 60 M. Geldstrafe lautete.

### Mettern der Schweinepreise.

Das sprungweise Sinauffschrauben der Schweinepreise wurde in einer Verhandlung beleuchtet, welche gestern die 1. Strafkammer des Landgerichts I beschäftigte.

Wegen Erzielung eines übermäßigen Gewinns waren der Viehkommissionär Grohe und dessen Angestellter Fuhrmann angeklagt. Zu Beginn des Krieges betrug der Preis für Schweine im Lebendgewicht pro Doppelzentner 120 M., er stieg sehr bald auf 180 M., erhöhte sich immer mehr und stieg im Spätsommer 1915 bis auf 330 M. für den Doppelzentner. Dann erschien die Bundesratsverordnung und setzte Stallhöchstpreise fest, und zwar für Schweine geringerer Qualität auf 195 M., für beste Qualität auf 210 M. pro Doppelzentner. Die Angeklagten haben nun im Auftrage eines pommerischen Händlers zu der Zeit, als schon die Stallhöchstpreise festgesetzt waren, drei Schweine guter Qualität verkauft, für die ein Preis von 400 M. für je 100 Kilo Lebendgewicht erzielt wurden. Das Schöffengericht hatte Herrn Grohe zu 500 M., Herrn Fuhrmann zu 80 M. Geldstrafe verurteilt. Hiergegen hatte der Staatsanwalt Berufung eingelegt, weil ihm die Strafe zu niedrig erschien. Die Strafkammer hielt mit dem Schöffengericht die Angeklagten für schuldig, einen übermäßigen Gewinn — in diesem Falle allerdings für einen Dritten — erzielt zu haben, obwohl damals nur die Stallhöchstpreise und keine Großhandelshöchstpreise bestanden. Die Angeklagten hätten gemerkt, daß hier nicht ein sogenannter Kettenhandel in Frage stand und ihnen nicht zweifelhaft sein konnte, daß hier in kraffester Weise ein übermäßiger Gewinn erzielt wurde. Unter Abänderung des ersten Urteils erhöhte die Strafkammer bei Grohe die Strafe auf 1000 M., bei Fuhrmann auf 100 M.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitag mittag. Obwärts fortschreitende langsame Erwärmung. Am westlichen Binnenlande vielfach heiter. Deutlich der Ober- und längs der Küste noch überwiegend bewölkt, aber nirgends erhebliche Niederschläge.

# A. WERTHEIM

- Oberhemden farbig, guter Perkal, neue Muster, mit Manschetten . . . 8.25
- Oberhemden farbig, Zephyrs, m. Mansch. 8.75
- Oberhemden weiß, mit welchem Pikee-Falteneinsatz . . . 7.50
- Oberhemden weiß, mit weichem Pikee-Falteneinsatz, m. Manschetten 8.25
- Stehumlegekragen weich, weiß, Panamastoff . . . 3.60
- Stehumlegekragen verschiedene Höhen, 4fach . . . 5.40
- Stehkragen mit Umlege-Becken (Marineform) . . . 5.40
- Herrenhüte weich, Wollfilz, versch. Farben 4.90
- Herrenhüte weich, Haarfilz, versch. Farben 5.50
- Herren-Strohhüte Matrosenform 1.65 4.50
- Herren-Strohhüte weiche Formen 2.75 4.25
- Panamahüte . . . 17.75
- Reisemützen verschiedene Stoffe . . 1.50 1.90
- Selbstbinder Seldensoulard, sehr lang . . 1.45
- Selbstbinder neue Must., schmale lange Form 2.25
- Selbstbinder einfarbiger Rips . . . 1.10
- Spazierstöcke braunes Rohr . . . 2.90
- Tragebänder kräftiges Curband . . 0.95 1.90

## Herren-Kleidung

in reichhaltiger Auswahl

- Anzüge, Paletots, Gummi- und Reise-Mäntel, Westen usw.
- Jackett-Anzüge | Regenhaut-Mäntel | Beinkleider
- 45.00 und 63.00 | 14.50 und 21.75 | 9.75 u. 14.50

### Für den Hochsommer:

Lüstre-Jackets, Leinen-Joppen, Strand- und Tennis-Anzüge, Weiße Hosen, Sport- und Loden-Anzüge, Wettermäntel aus imprägnierten Lodenstoffen

Maß-Anfertigung Haltbare, solide Stoffe, guter Sitz, vorzügliche Ausführung

Jackett-Anzüge 108 M. Paletots 78 M.

- Chromleder-Schnürstiefel . . . 16.75
- Cheveaux-Schnürstiefel . . . 18.50

Leipzigerstraße

Militär-Schnür-, Schaft- und Reitstiefel und Ledergamaschen

- Rasier-Apparate | Karton, St. 1.50 2.50 3.75
- Rasier-Klingen Stück . . 10 15 25 30 Pf.
- Rasier-Pinsel und -Näpfe in großer Auswahl u. vielen Preislagen

## Zigarren

Empfehlenswerte Marken

- Emden Sumatra, mild . . . . . 100 Stück 8 M.
- Isolde Sumatra-Brasil . . . . . 100 Stück 9.50
- Florida prima Vorstenlanden . . 100 Stück 9.50
- Graf Häselser Sumatra-Havana . 50 Stück 5.70
- Cabriola Sumatra-Sandblatt . . . 50 Stück 7.15
- Mars mild und würzig . . . . . 50 Stück 7.60
- Utopia hochfein und pikant . . . 50 Stück 8.55
- Jubiläum Sumatra-Havana . . . . 50 Stück 9.50

## Fisch-Konserven

- Bratheringe . . . . . Dose ca. 8 Liter 13.75
- Heringe in Gelee 1/2 Pf. 70 Pf. Dose ca. 4 Ltr. 6.25
- Muscheln in Gelee . . . . . 1/2 Pfund 40 Pf.
- Dose ca. 4 Liter 4.00 Dose ca. 8 Liter 7.50
- Bismarckheringe . . . . . Dose ca. 4 Liter 6.00
- Anchovis 1/2 Pf. 40 Pf., Dose ca. 4 Liter 4.00
- Gabelbissen 1/2 Pf. 1.10 Dose ca. 4 Liter 9.50
- Delikateß-Essig-Gurken Dose ca. 8 Ltr 9.50
- Dill-Gurken . . . . . Stück 20 und 25 Pf.
- Essig Gemüse (Mixed-Pickles) . . Pfund 1.00
- Dose ca. 5 Liter 4.25
- Sardellen . . . . . Pfund 2.40 und 2.80
- Fetteringe . . . . . Stück 20 und 25 Pf.

## Vollheringe

Fäßchen, ca. 36 Stück . . . 13 M.

# Lebensmittel

Donnerstag, soweit Vorrat

## Fische

- Schellfische . . . . . Pfund von 50 Pf. an
- Kabliau ohne Kopf, in ganz Fischen Pf. 95 Pf.
- Seehechte (nur Leipziger Str.) Pfund 90 Pf.
- Rotzungen . . . . . Pfund 75 Pf.
- Schollen . . . . . Pfund 55 Pf.
- Kochschollen . . . . . Pfund 95 Pf.
- Horn-Aale Stück 15 Pf. Dorsche Pf. 40 Pf.
- (Nur Leipziger Straße)
- Eis-Aale . . . . . Pfund 1.80 bis 3.00
- Lebende Aale zu Tagespreisen
- Lebende Krebse . MdL. 1.25 2.25 bis 5 M.
- Große Krebse . . . . . Stück 50 Pf.

## Obst und Gemüse

- Mohrrüben . . . . . Pfund 12 Pf.
- Junge Schoten . . . . . Pfund 23 Pf.
- Kohlrabi . . . . . Pfund 12 Pf.
- Wirsingkohl . . . . . Pfund 20 Pf.
- Salat . . . . . 3 Köpfe 10 Pf.
- Radieschen . . . . . 3 Bund 10 Pf.
- Zwiebeln . . . . . Pfund 30 Pf.
- Erdbeeren . . . . . Pfund 60 Pf.
- Himbeeren . . . . . Pfund 60 Pf.
- Stachelbeeren . . . . . Pfund 33 Pf.
- Johannisbeeren . . . . . Pfund 33 Pf.
- Blaubeeren . . . . . Pfund 48 Pf.
- Zitronen . . . . . Dtz. 50, 60, 70 Pf.

## Räucherwaren

- Aalbecker Fludern . . Pfund von 1.40 an
- Schellfische geräuchert. . . . . Pfund 70 Pf.
- Geräucherte Aale zu Tages-Preisen.
- Lachsheringe . . . . . Stück 50 Pf.

Neue saure Gurken Stück v. 28 Pf. an

Senfgurken . . . . . Pfund 80 Pf.

## Fein. Kuchen-Gebäck

mit Rosinen

Stück 50, 90 Pf. 1.80

Politische Uebersicht.

Wohlvollen für die „Umlerner“.

Die „Post“ gibt einer Zuschrift Raum, in der dagegen polemisiert wird, daß zwei Intellektuelle (Professor Serfer und Professor Graf zu Dohna) den Standpunkt vertreten haben, daß man der Sozialdemokratie künftighin eine andere Behandlung zuteil werden lassen müsse, als vor dem Kriege. Die Zuschrift will von einer Anerkennung der Gleichberechtigung erst dann etwas wissen, wenn die Sozialdemokratie sich innerlich vollkommen gewandelt habe. Die „Post“ macht dazu redaktionelle Bemerkungen, die den gleichen Standpunkt vertreten. Das freikonservative Blatt will erst abwarten, bis man die künftige Entwicklung der Sozialdemokratie klar übersehen könne. U. a. sei nicht abzusehen, wie der „zum Anstoß gebrachte geistige Umwandlungsprozess bei den Führern“ der Partei verlaufen werde. Dabei ist die „Post“ lebenswürdig genug anzuerkennen, daß das „Umlernen“ nicht so rasch gehen könne, denn

„Daß diese Befreiung (von den Dogmen der Partei) auch bei jenen Elementen noch nicht geglückt ist, die an sich bereit wären, zum weiteren Ansehen des Staatslebens von den gegenwärtigen Zuständen aus mitzuhelfen, kann deshalb wohl als bedauerlich, muß aber andererseits als verständlich bezeichnet werden. Die Zeit allein und die Gewalt der zu fördernden Aufgaben vermögen hier in positivem Sinne einzugreifen. Ansätze dazu finden sich hier und da; zum Beispiel sehen wir bei den am weitesten zur positiven Mitarbeit gediehenen sozialistischen Elementen zwar noch den Gedanken des Klassenkampfes verflochten, aber in einer Gestalt, die sich immerhin von seinem früheren letzten Inhalt, dem Klassenkampf, schon wesentlich entfernt. Sollte dieser Prozess seinen Fortgang nehmen, so könnte er unter Umständen zu Ergebnissen führen, die die Möglichkeit eines echten und innerlichen Ausgleichs in sich tragen. Auch dann allerdings bleibt es fraglich, ob die verständlichen und verständlichen Teile der Sozialdemokratie sich stark genug erweisen, um als Träger einer neuen geläuterten Partei friedlichen Wettbewerbs am Bau des staatlichen Werkes Bedeutung zu erlangen.“

Während die „Post“ noch vor kurzer Zeit mehrfach sehr klump durch Drohungen an die Parteilinke und Lockungen für die Parteilinken diesen „Umwandlungsprozess“ zu beschleunigen und zu verstärken suchte, erklärt sie jetzt, daß die übrigen Parteien sich möglichst Zurückhaltung gegenüber den inneren Verhältnissen in der Sozialdemokratie zu befehligen hätten. Aber ganz ohne Hilfe sollen die „Umlerner“ in unserer Partei doch nicht bleiben:

„Andererseits aber wird man unbeschadet aller politischen Vorsicht und Zurückhaltung, ohne sich der Gefahr einer schweren Enttäuschung auszusetzen, doch nicht heute schon aufzuhören brauchen, mit Wohlwollen und Aufmerksamkeit den Versuchen von sozialistischer Seite entgegenzugehen, die einen Uebergang von der Insel sozialistischen Beherrschens auf das Festland praktischer Arbeit am Staate schaffen möchte.“

Wir sind wohl mit den Genossen von der Parteilinken darin einig, daß von diesem „Wohlvollen“ bisher sehr wenig zu spüren war, und daß es deshalb seltsam anmutet, wenn die „Post“ verkündigt, man werde mit dem Wohlvollen nicht „aufhören“. Erst vor kurzem hat sich selbst ein Heine in einem bürgerlichen Blatt bitter darüber beschwert, daß die Neuorientierung so gar keine praktischen Ergebnisse zeitige!

Unabhängiger Ausschuss für einen deutschen Frieden.

Uns wird mitgeteilt: „In der Mitteilung, die vor einigen Tagen von der Gründung des Deutschen Nationalausschusses Kenntnis gab, wurde als Ziel dieser Vereinigung hingestellt, ein einheitliches Verständnis für einen ehrenvollen, die gesicherte Zukunft des Reiches verbürgenden Friedensschluss zu werden. Demgegenüber ist zu bemerken, daß bereits seit einem Jahre der „Unabhängige Ausschuss für einen

deutschen Frieden“ unter dem Vorsitz des Geheimrats Prof. Dr. Dietrich Schaefer dafür wirkt, in dem deutschen Volke die einmütige Ueberzeugung von der Notwendigkeit eines deutschen Friedens zu verbreiten. Die bestehenden Verhältnisse behinderten den unabhängigen Ausschuss bisher an einer wirksamen öffentlichen Arbeit. Nach der erfolgten Gründung des Deutschen Nationalausschusses und nach dessen Ankündigung allgemeiner Werbetätigkeit wird der Unabhängige Ausschuss für einen deutschen Frieden die gleiche Freiheit für seine Betätigung in Anspruch nehmen. Der Ausschuss, für den bereits Tausende von Vertrauensmännern, als Angehörige aller Lebensberufe in allen Landesteilen Deutschlands tätig sind, hat seine Geschäftsstelle in Berlin W. 9, Schellingstr. 4.“

Zur Orientierung sei mitgeteilt, daß Professor Schaefer, einer der Unterzeichner und Hauptagitatoren der bekannten Professoreneingabe über Kriegszieleforderungen ist. Diese Professoreneingabe stellt ähnliche Friedensziele auf, wie die Eingabe der sechs Wirtschaftsverbände. Professor Schaefer ist weiter bekannt durch seine lebhafteste Tätigkeit für eine Agitation zugunsten des uneingeschränkten U-Votkrieges. Aus der obigen Mitteilung sei noch die wichtige Tatsache hervorgehoben, daß der Unabhängige Ausschuss für einen deutschen Frieden seit einem Jahre in aller Stille mit Tausenden von Vertrauensmännern in allen Landesteilen Deutschlands tätig ist!

Zentrum und Neuorientierung.

Zur Frage der Neuorientierung nach dem Kriege nimmt auch der bekannte Zentrumskorrespondent Dr. Julius Wagem das Wort. Er schreibt u. a. im „Tag“:

„Vom Standpunkt des Zentrums, welches gewiß keine gesättigte Existenz, aber auch nicht gerade notleidend ist, wird man anerkennen müssen, daß nach dem Kriege den Linken in unserm öffentlichen Leben ein Mehr an Einfluß kaum verweigert werden kann. In Preußen ist das ungerechte Wahlrecht nicht länger zu halten. Die Neuorientierung wird daher auch meines Erachtens mehr oder minder nach links gehen, so unliebe es der Rechten und den der Rechten am nächsten stehenden kleineren Gruppen des Zentrums sein mag. Daß aber nun in unserem öffentlichen Leben eine einseitige und ausschließliche Orientierung nach links eintreten möchte und eintreten werde, ist damit in keiner Weise gesagt, wenn auch die ungeduldigsten und heißspornigsten Elemente auf der Linken sich so anstellen, als seien Neuorientierung und Linksentwicklung ganz gleichbedeutend. Dafür bedankt sich nicht nur die Rechte, sondern bedankt sich ebenso das Zentrum...“

Vor allem aber würden die Parteien guttun, schon heute die Frage sich vorzulegen, welche Zugeständnisse sie einander zu machen in der Lage sind, um so ein scharfes Auseinanderlagern der Parteien gegenseitig nach dem Kriege zu verhindern.“

Aus den Ausführungen des Zentrumsmannes geht, wie schon aus früheren Auslassungen der Zentrumspresse, hervor, daß das Zentrum nur für eine milde, sehr gemäßigte Neuorientierung zu haben ist. Wenn Wagem den Parteien die Frage vorlegt, welche Zugeständnisse sie einander zu machen bereit sind, so können wir nur feststellen, daß wir bei den großen, einflussreichen Parteien keinerlei Neigung feststellen konnten, ihre Macht und ihren Einfluß zugunsten der linksstehenden Parteien einzuschränken.

Eine Polizeiverordnung gegen Jugendliche.

Die Polizeiverwaltung in Brandenburg a. O. hat mit Zustimmung des Potsdamer Regierungspräsidenten eine Verordnung erlassen, wonach jugendliche Personen unter 17 Jahren das Verweilen auf den Straßen und Plätzen ohne Begleitung Erwachsener nach 9 Uhr abends verboten ist; ebenfalls ist den Jugendlichen das Tabakrauchen verboten. Wer diese Verordnung übertritt, wird mit Geldstrafe bis zu 80 M. oder mit Haft bestraft.

Kriegsgefangenen.

Ein eigenes Kapitel von Kriegsgefangenen bilden die Schilderungen von Personen, die als Soldaten oder Zivilisten eine Zeitlang fremde Gefangenschaft auszuhalten hatten. Das Büchlein „Gefangen in Frankreich — nach Spanien geflüchtet. Ergebnisse eines Kriegsfreiwilligen“ von Hans Reupke (Straßburger Drucker und Verlagsanstalt) erscheint nicht frei von Uebertreibungen, wie sich schon aus gelegentlichen kleinen Widersprüchen ergibt, und manches, was doch nur Hörensagen sein kann, wird ohne weiteres als Tatsache vorgebracht. So ist das Buch kein einwandfreies Dokument. Soviel allerdings scheint sicher, daß die französische Verwaltung, besonders in der ersten Zeit, es sehr an genügender Sorge für die Gefangenen fehlen ließ. Bezeichnend ist aber auch, daß die französischen Soldaten wiederholt als entgegenkommend geschildert werden, während die deutsche Kameradschaftlichkeit, wenigstens bei den „Küchendullen“ und Feldwebeln des Gefangenenlagers, in einem recht wenig günstigen Lichte erscheint. Manches wird man mit lebhaftem Interesse lesen; hier und da hinterläßt die Art des Verfassers, zu urteilen und zu schmähen, aber auch einen üblen Rachegehm. — Dora Coits gibt in ihrer Proschüre „Kriegsgefangenen. Ergebnisse einer Deutschen in Frankreich“ (Hesse u. Becker, Leipzig) Eindrücke einer Zivilistin, die bei Kriegsausbruch jenseits der Vogesen war. Lesenswert sind ihre Beobachtungen über die Stimmung der französischen Bevölkerung in den ersten Kriegstagen; man hört oft auf eine verblüffende Heftigkeit mit dem, wovon damals Deutschland voll war, nur natürlich mit vertauschten Rollen: Deutschland der Friedensbrecher, Erzählungen über die miserabile Verpflegung und Bekleidung der deutschen Soldaten, Geschichten von allerlei Barbareien usw. Auch hier gewinnt man den Eindruck, daß die französische Verwaltung nicht hinreichend für ihre Gefangenen — hier sogar nicht einmal Soldaten — sorgte. Hier um so mehr, als die Verfasserin ruhig und scheinbar ohne Uebertreibungen berichtet. Freilich, ihr Mauthab ist der einer gebildeten Europäerin, die auch bloße Primitivitäten schon quälend empfinden mußte.

Unter dem Titel „Russisches“ schildert Max Pfau anschaulich seine „Erlebnisse und Eindrücke aus elfmonatiger Gefangenschaft“ im Olen (Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart, 1 M.). Wieder ein Zivilist. Von Lodz aus wurde er mit vielen anderen in das Innere Russlands gebracht und mußte dort in einem kleinen Dorf Aufenthalt nehmen — wenn auch nicht eigentlich als Gefangener, so doch mit unangenehmen Beschränkungen der Bewegungsfreiheit — bis es ihm gelang, die Erlaubnis zur Rückkehr nach Deutschland zu erlangen. Pfau begnügt sich nicht damit, seine Erlebnisse zu beschreiben. Er gibt auch Beobachtungen über das russische Volksleben, die russische Verwaltungspraxis, die Mobilisation und dergleichen mehr. Vieles davon ist recht hübsch; anderes trägt den Stempel einer Uebertreibung oder Verallgemeinerung; die Urteile sind dann natürlich erst recht schief, und zu gewissen Uebersichtlichkeiten und Ausfällen, vor denen selbst Karl Liebknecht nicht verschont bleibt, ist wirklich kein Grund vorhanden. Die Behandlung der Gefangenen erscheint

Beschlagnahme von Flach und Hanf.

Nach einer neuen Bekanntmachung vom 12. Juli 1916 werden die gesamten Mengen des im Reich angebauten Flachses und Hanfs des Jahres 1916 mit der Trennung vom Boden, sowie alle vorhandenen alten Bestände und etwa noch zur Einfuhr nach Deutschland gelangendes Flach- und Hanfstroh beschlagnahmt. Es bleibt jedoch das Röhren des Strohs und das Ausarbeiten der Fasern im eigenen Betriebe gestattet. Ein Verkauf der beschlagnahmten Gegenstände ist nur an die Kriegsfachbaugesellschaft m. b. H., Berlin W 58, Marzgrafstr. 38, oder an solche Personen gestattet, die einen schriftlichen Ausweis der Kriegs-Rohstoff-Abteilung des Königlich Preussischen Kriegsministeriums zur Berechtigung des Ankaufs der beschlagnahmten Gegenstände erhalten haben. Die Bekanntmachung enthält gleichzeitig die Vorschrift, daß die Besitzer von Flach- und Hanfstroh ihre Bestände früherer Ernte am 1. August 1916 der Kriegs-Rohstoff-Abteilung des Königlich Preussischen Kriegsministeriums zu melden haben, und daß über die beschlagnahmten Vorräte alter und neuer Ernte ein Lagerbuch zu führen ist.

Der „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht den Wortlaut des Befehls über die Feststellung von Kriegsschäden und des Kapitalabfindungsgegesetzes.

Das tägliche Brot.

Erhöhung der Kartoffelpreise?

Der Beirat des Kriegsernährungsamtes verhandelte am Dienstag über die Erhöhung der Kartoffelpreise. Wie verlautet, sollen diese Preise für den Erzeuger von 2,85 M. auf 4 M. erhöht werden.

Die Tätigkeit des neuen Kriegsernährungsamtes, über die in der Presse und von dem Präsidenten Patock sehr viel geschrieben worden ist, würde dadurch eine Beleuchtung erfahren, die besser als alle Pressekommentare aufklärend wirken wird. Wir haben von vornherein betont, daß das neue Kriegsernährungsamt große Schwierigkeiten zu überwinden haben wird, und daß man abwarten müsse, wie weit es ihrer Herr werden würde. Bis jetzt kennen wir keine Maßnahme des neuen Amtes, die unsere Zurückhaltung ungerechtfertigt erscheinen ließe. Was wir von dem neuen Ernährungsamt hörten, waren im wesentlichen Ermahnungen, daß die Bevölkerung sich gedulden sollte und nicht allzu viel erwarten dürfe. Sollte das Kriegsernährungsamt jetzt wirklich zu der Preiserhöhung für Kartoffeln schreiten, so würde das nur die Fortsetzung des alten Kurzes aus den Zeiten, da es noch kein Ernährungsamt gab, bedeuten. Auch vorher machten die Konsumenten ja die alte und immer neue Erfahrung: fortgesetzte Preiserhöhungen zugunsten der Produzenten, zu Ungunsten der Konsumenten. Wenn auch das Kriegsernährungsamt vor diesem System eine Verbeugung macht, dann haben wir für die Zukunft mit mindestens den gleichen Schwierigkeiten für die Versorgung zu rechnen. Das Zugeständnis von Preiserhöhungen führt bekanntlich bei den Erzeugern und Händlern in regelmäßigen Abständen zu bewußter Zurückhaltung der Vorräte, um eine neue Preissteigerung zu erzwingen. Daher würde es auch wenig helfen, wenn (laut Deutschem Kurier) die Preiserhöhung für Kartoffeln durch Herabsetzung oder gänzliche Beseitigung der Frachttarife für die Konsumenten weniger merkbar gemacht werden sollte. Der Anreiz zur Erzielung höherer Preise würde trotzdem bleiben, und mit ihm alle daraus folgenden Mängel. Uebrigens würde der durch Herabsetzung der Frachttarife bei den Eisenbahnen eintretende Ausfall an Staatseinnahmen ja doch durch Erhöhung der Steuern auf die Bevölkerung abgewälzt werden.

Bilder vom Kriege.)

II.

Selbsterlebtes.

Wertvoller als Schilderungen von Kriegsberichterstattern und noch fernereitenden sind für die rechte Erkenntnis des Krieges natürlich Mittelungen jener, die selber „mitten darin“ waren. Aus naheliegenden Gründen sind sie — wenigstens heute noch — an Zahl geringer und nur zum Teil wirklich bedeutsam, weil künstlerisch gestaltet oder doch wenigstens unterfällige Spiegelungen der Eindrücke und Stimmungen der Front.

Als Adjutant durch Frankreich und Belgien“ zog zu Beginn des Krieges Otto von Gottberg und schildert das in dem also betitelten Büchlein des Verlags Scheel. Es ist ein der Hauptstücke die journalistisch nicht ungewandte, aber doch nicht eben hinterhörende Beschreibung äußerer Vorgänge und Unternehmungen, durchdringt von patriotischer Begeisterung. Eine Veröffentlichung, Bezeichnend für manche andere. — „Sieben Monate an der Ostfront“ (Wag Hahn u. Co., Mannheim) kann höchstens durch die Person des Autors Anspruch auf Beachtung erheben: es gibt die Eindrücke einer Frau, der Ärztgattin Marie Reimer, die sich bei Kriegsausbruch der Militärbehörde als Kraftfahrerin verpflichtete und dann, meist im Dienste ihres Oheims, eines Generals, mehr hinter als in der Front die Verdrängung der Russen aus Ostpreußen verfolgte. — Weit über diese Art von Schriften tagen zwei Bände Kriegsbilder von Kurt Mayer-Leiden: „Von der Waas bis an die Memel“ (Egon Fleischel u. Co., Berlin, je 2 M.). Freilich ist auch Mayer-Leiden als Kriegsteilnehmer mehr hinter als in der Front tätig; als Adjutant einer Munitionskolonnenabteilung kommt er in die eigentliche Gefechtszone nur hin und wieder vor; es ist mehr Fernbeobachtung des mörderischen Ringens, Quartier- und Lagerleben, die Straße, das kriegsverwüstete Land, das ihm Stoff gibt. Und auch das will beachtet sein, daß Mayer-Leiden als Offizier den Krieg kennen lernt; die Eindrücke des Krieges, die Gefühle, die er weckt, werden naturgemäß bei dem einfachen Mann andere sein als beim Offizier, dessen Dienst, dessen Umgebung, dessen Interessen so vielfach andere sind. Was aber Kurt Mayers Bänden ihren Wert verleiht, ist, daß in ihnen ein Mensch von eigenem Leben und künstlerischer Begabung spricht. Die Bilder sind scharf gesehen, mit leuchtenden Farben gemalt, flüchtig aber eindringlich wirksam; nirgends bloße Phrasen, leichte Oberflächlichkeit. — Eine schöne Ergänzung zu dem, was Mayer-Leiden gibt, darf dann noch Oscar Wöhler's Kriegsleben genannt werden, das er — wenn auch in einiger Verkleidung — in den Aufzeichnungen „eines elfjährigen Soldaten“ in seinem hier schon besprochenen Buche „Soldatenblut“ gibt.

nach seinen Schilderungen bei den verschiedenen Gouverneuren recht ungleichartig, nicht immer, aber doch häufig rücksichtslos und grausam; bei den Beamten der Polizei hängt vieles von dem „Händedruck“ ab; die russischen Soldaten erscheinen fast durchweg als freundliche Begleiter und Helfer. — In einer Proschüre „Nach Russland verschleppt“ (G. Reimer, Berlin, 50 Pf.) gibt Prof. Dr. Schiemann Berichte einer Augenzeugin wieder, die, in einer russischen Stadt lebend, dort eine Helferin vieler verschleppter angeblicher und wirklicher Ostpreußen wurde. Erschütternde Bilder des Elends, hervorgerufen durch die Gleichgültigkeit und den Mangel an Organisationsvermögen bei Polizei und Militärbehörden, enthalten sich dem Auge, aber auch erhebende Bilder von Entgegenkommen und Opferfreudigkeit der russischen Zivilbevölkerung und russischer Soldaten. — Auch hier zeigt sich wieder, wie wenig die „Bilder“ im Grunde Haß und Feindschaft gegeneinander empfinden. In ihnen leben vielmehr Gefühle der Kameradschaftlichkeit, der Menschlichkeit, einer gewissen Zusammengehörigkeit als solche der Gegnerschaft.

Briefsammlungen.

Persönliche Erlebnisse spiegeln ja auch die Briefe der Kriegsteilnehmer. Sie sind nun bereits vielfach veröffentlicht worden. An Reichhaltigkeit nichts zu wünschen übrig läßt eine Sammlung unseres Nürnberger Parteiverlags, der fränkischen Verlagsanstalt: „Hundert Briefe aus dem Felde“ (Preis 1,20 M.). In geschickter Gruppierung zeigen sie uns Bilder des Grauens, Schilderungen kühner Taten, eigenartige Erlebnisse, Zeugnisse schöner Kameradschaftlichkeit gegen Freund wie Feind, Lunden von dem Krieg zu Wasser und in der Luft wie von dem auf dem Lande. Auch ein paar beachtenswerte Zeugnissen sozialistischen Denkens finden sich. Allerdings erscheint in der Mehrzahl der Briefe der Krieg noch mehr als Objekt der Beschreibung, denn als wirkliches inneres Erlebnis. Bedauerlich ist, daß auch Briefe Aufnahme finden, die augenfällig Einzelfälle stark verallgemeinern (S. 133) oder die bloße Gerüchte wie selbsterlebte Wirklichkeit vortragen (S. 127).

Von 3 Büchern des Verlags Verthes in Gotha (Preis je 1 M.) sagt das eine, „Das Erlebnis unserer Kriegsfreiwilligen“ dem Leser bezüglich wenig von Bedeutung. In der Hauptsache geben auch die hier zusammengestellten Briefe nur Beschreibungen des Mitgemachten — podend einmal die Erlebnisse eines Propaganden in der Lorettoschlacht —; was an Belenntnissen tieferen Lebens der Kriegszug danebentritt, wirkt nur zum Teil echt, während vielfach ganz unjügendliches, phrasenhaftes Gebalder mehr auf ein „Eindruckschindemwollen“ schließen läßt und bloß von Angelesenen zeugt. — Ergiebiger ist die Lektüre der „Kriegsbriefe deutscher Studenten“: Hier und dort eindrucksvolle, urwüchsige Schilderungen von Kriegserlebnissen; andere Briefe bedeutungsvoll durch die Befundung der Bestimmung, der Gefühle und der Stimmungen ihrer Schreiber. „Nationale“ Begeisterung führt oft die Feder, aber auch religiöse Belenntnisse, die aus innerem Bedürfnis zu kommen scheinen, spielen eine Rolle. Womöglich drängt sich recht eigenartig der Stolz auf die akademische Würde vor. Es wäre irrig, aus diesen Dokumenten zurückzuschließen

\*) Siehe Nr. 176 und 179 des „Vorwärts“.

### Es bleibt bei der Preissteigerung!

Vom Kriegsausbruch für Konsumenteninteressen wird uns geschrieben:

Wir erhalten so nach und nach Kenntnis von den Verordnungen, die für die Zuteilung der neuen Ernte berechnet sind; dabei heißt es meist, es bleibe so ziemlich alles beim alten, nur Unbedeutendes ist geändert. Auch in der Preisbestimmung? Das ist für die große Masse der Konsumenten sehr wichtig, denn die Preise für einige Nahrungsmittel sind bereits wieder in der Aufwärtsbewegung. Nehmen wir nur einige Beispiele. Ohne viel Aufsehen ist der Preis für Milch um 2 Pf. erhöht, Rindfleisch das Pfund um 10 Pf. bis 40 Pf. gesteigert, so daß gutes Rindfleisch bereits auf 8,30 M. im Preis getrieben ist. Trotz der guten Weide für Vieh keine Preisermäßigung, sondern Heraufsetzung. Seit Wochen wird für einen höheren Schweinepreis in den Interessententreisen Stimmung gemacht, und es ist nur noch eine Frage der Zeit, wann dem Begehren stattgegeben wird.

Vielleicht dürfen wir nun hoffen, daß bei einer guten Ernte eine Herabsetzung der Höchstpreise eintritt. In landwirtschaftlichen Kreisen hört man hiervon nichts, im Gegenteil, es wird ohne Rücksicht auf den Ertrag der Ernte fleißig für Beibehaltung und Erhöhung der Höchstpreise Stimmung gemacht. Der deutsche Landwirtschaftsrat will zwar keine Erhöhung der Getreidepreise, aber eine Extravergütung in Form einer Druschprämie von 25 Mark für die Tonne Getreide. Das Kriegsernährungsamt ist in der Verordnung um diese Frage herumgegangen. Die Preise für Brotgetreide, Hafer und Gerste sollen später bestimmt werden. Sowiebald scheint aber sicher, daß die Anregung des Deutschen Landwirtschaftsrats hier auf günstigen Boden fallen wird. Das rückt eine Preissteigerung in bedenklicher Nähe, oder vermeidet man diese Klippe, so haben wir damit zu rechnen, daß die hohen Preise für Teigwaren und Grieß bestehen bleiben, wenn nicht erhöht werden, denn an einer Stelle muß das Mehr herausgeholt werden. Grieß steht aber gegenwärtig um nahezu das Doppelte über dem Friedenspreise, und bei Teigwaren wird dieser Aufschlag weit überschritten.

Für Gerste und Hafer verlangt der Deutsche Landwirtschaftsrat die bisherigen Preise, die 80 M. pro Tonne über Roggenpreise stehen, außerdem aber eine Druschprämie von 50 M.; sonst bewegt sich der Gerstenpreis unter dem Roggenpreis. Für die Gerste und den Hafer zur Bereitung von Graupen, Grieß und Mehl wird ein Höchstpreis abgeleht. Mit dem Erfolg, daß für diese Gerste und Hafer noch weitere Aufschläge von 60—100 M. verlangt werden. Gerstengraupen ist infolge dieser Preispolitik im Mai 1916 das Pfund auf 52 Pf. gestiegen. Die gleiche Steigerung weist Hafermehl auf. Für Buchweizen und Hirse ist vom Kriegsernährungsamt der Preis bereits um 5 M. bis 18,50 M. pro Doppelzentner erhöht, obwohl der Preis für Buchweizen schon jetzt auf 118,40 M. hinausgetrieben ist. Bei Hälftenfrüchten läßt es das Kriegsernährungsamt gnädig bei den jetzigen Preisen. Gegenwärtig zahlen wir für Erbsen 104,50 M. für Bohnen 112,90 M. für den Doppelzentner.

Wenn das die Aufgaben des Kriegsernährungsamtes sind, dann war der große Lärm über die Neueinrichtung überflüssig. Den Konsumenten werden für die nächste Zeit noch einige unangenehme Ueberrollungen bevorstehen, denn es bleibt beim alten, bei der Preissteigerung!

### Sacharinverteilung.

Die Reichszuckerstelle wird den Kommunalverbänden in Fällen dringenden Bedarfs und nach Maßgabe der verfügbaren Bestände Süßstoffe einerseits für Gasthausbetriebe, Speisewirtschaften und dergleichen, andererseits für den Verbrauch in den Haushaltungen überweisen. Es werden hauptsächlich die Orte mit regem Fremdenverkehr, Verkehrscentren, Badeorte und dergleichen in Frage kommen. Hinsichtlich der Zuteilung von Süßstoff für die Haushaltungen weist die Reichszuckerstelle darauf hin, daß in keinem Falle einem Kommunalverband eine größere Menge als 1/4 Gramm Süßstoff auf den Kopf der Bevölkerung und für den Monat wird zugewiesen werden können. Zu diesem Zwecke wird der Süßstoff in Kristallform (440—450fache Süßkraft) ausgegeben werden. Die Packung besteht aus kleinen Briefchen mit dem Inhalt von 1/4 Gramm Kristallsüßstoff, sogenannte H-Packung. Diese Menge entspricht einer Süßkraft von etwa 550 Gramm Zucker, also 1 1/16 Pfund. Anmeldungen sind von den Beteiligten unverzüglich bei der für den Wirtschaftsbetrieb zuständigen Ortsbehörde einzureichen.

zu wollen auf das „Kriegserlebnis“ der großen Masse. Die soziale Stellung spiegelt sich auch in der Auffassung des Krieges und seinen Wirkungen auf den Menschen; dafür ist dieses Buchlein ein immerhin ganz interessanter Beweis. — Endlich die „Kriegsbriefe eines Feldarztes“; Schilderungen aus dem Osten, mit wenig Kunst und Eigenart hingezichnet, nicht immer sehr klar und anschaulich, in einzelnen Partien jedoch auch nicht ohne Reiz; dem schauerlichen Tode des Krieges gegenüber währt der Schreiber eine gewisse Gelassenheit, große Erlebnisse treten nicht heraus.

Mehr als all diese Sammlungen gibt ein dünnes Bändchen „Feldpostbriefe eines Fahnenjüngers“ (Paul Cassirer, Berlin, 2 M.). Der neunzehnjährige Sohn eines bekannten Bildhauers schildert hier seine Eindrücke und Gefühle in den Karpatenkämpfen der ersten Hälfte des Jahres 1915. — wenn man die schnellen, flüchtig hingeworfenen Skizzen und Brieflein Schilderungen nennen darf. Dennoch: so knapp, unzusammenhängend, ganz persönlich gehalten diese Mitteilungen sind, sie geben mehr als manche langatmige Beschreibung. Das macht, weil hier ein junger Mensch von ungewöhnlich starkem Gefühlleben, ganz eigener Gestaltungskraft und schöner Ehrlichkeit schreibt. Wenn er von der aufreibenden Nacht im Graben, dem mühseligen Angriff durch Schnee und Geschossgarde, dem Aufbrechen des Frühlings, den langen Stunden trohen kameradschaftlichen Zusammenlebens berichtet, dann braucht er nie viele Worte, große Beteuerungen; und doch tritt alles so gewaltig, so lebendig vor den Leser, daß er mit dem Schreiber erschauern — oder froh und leicht werden muß. Reflexionen über Krieg, Tod und Leben fließen ein, die vollends zeigen, wie hier die äußeren Vorgänge inneres Erlebnis geworden sind. Dabei hört nirgends Gefühles, nirgends erhabene tuende Allfugheit. Ein lebensfrischer junger Mensch spricht in allem. Begeisterung für den Kampf, der ihm aufregungsbetragte Beteilung des Vaterlandes, der Lieben daheim erscheint, vermag nicht die Erkenntnis des Elends, das dieser Krieg bedeutet, seines Widerstands und seiner Barbarei zu unterbrechen. Immer heiser klingt der Wunsch nach Frieden auf, die Sehnsucht, wenigstens für eine Zeit dem Entschieden zu entfliehen, das wieder und wieder guten Willen und zähe Widerstandskraft niederzubrechen droht. Mit ungewöhnlicher Deutlichkeit spiegeln sich hier die Stimmungen der Front, die Beschwerden über allerlei Zumutungen, Strapazen und Kost, das Begehren nach Urlaub, „Salonschuh“ und heimatischen Stoffarbeiten. Der die Briefe schrieb, war Angehöriger einer gehobenen sozialen Schicht, und das ist bei seinen Briefen nicht zu vergessen; er war aber auch ein offener, ehrlicher Charakter; und das macht die Lectüre seiner Briefe für alle wertvoll und bedeutsam.

Bekenntnisse wie diese auch von anderen, von möglichst vielen Mittellämpfern aus den verschiedensten Gesellschaftsschichten gesammelt und gesichtet, das würde ein Kriegsdokument sein, dessen Wert kaum zu überschätzen wäre. Das könnte neben Büchern, die den äußeren Verlauf der kriegerischen Ereignisse schildern, ein Medium werden, um künftigen Geschlechtern ein wahrhaftes, eindringliches, erschütterndes Bild dieses Krieges zu geben, seiner Fortschreitenden, seiner Anforderungen an die Menschen, der Stimmungen, die er erzeugte, der seelischen Einwirkungen, die von ihm ausgingen.

### Unzulässiger Verkauf von Kleinhandelswaren.

Die Knappheit und die Preisentwicklung auf dem Lebensmittelmarkt hat zu mancherlei Auswüchsen geführt, gegen die sich die Verordnung vom 24. Juni über den Handel mit Lebens- und Futtermitteln und zur Bekämpfung des Kettenhandels richtet. Man hat in Zweifel gezogen, ob der Verkauf von solchen Waren, die schon im Kleinhandel sich befinden — ein Verkauf, der gewöhnlich zu dem Zwecke erfolgt, die Ware großhandelsmäßig weiter zu vertreiben — verboten ist. Demgegenüber sei festgestellt: Die Fassung des Paragraphen 11 der Verordnung — „Wer den Preis für Lebens- und Futtermittel durch unlautere Machenschaften, insbesondere durch Kettenhandel steigert . . .“ — trifft für den Verkauf im Kleinhandel zum Zweck des Weiterverkaufs der zusammengekauften Warenmengen zu, verbietet ihn und macht ihn strafbar.

### Obst- und Gemüselieferungen aus Rußisch-Litauen.

Der Magistrat von Königsberg hat mit der deutschen Verwaltung in Rußisch-Litauen einen Vertrag über Obst- und Gemüselieferungen abgeschlossen. Erdbeeren, die von dort stammen, hat der Magistrat bereits verkauft. Ihnen sollen Kirichen, Johannisbeeren, Pflaumen, Äpfel, Birnen und allerhand Gemüse folgen. Auch Gänse werden aus dem besetzten russischen Gebiet wieder nach Deutschland importiert. (z)

Reichsbutterkarte. Der Beirat des Kriegsernährungsamts hat am Dienstag beschlossen, daß jedem Reichsbürger 90 Gramm Butter oder Speisefett oder Margarine von Anfang September an für die Woche zugeteilt wird.

## Aus der Partei.

### Zur Kreisgeneralversammlung in Teltow-Beeskow.

Vom geschäftsführenden Ausschuh Groß-Berlins sendet uns Genosse Weise zu dem Bericht über die Kreisgeneralversammlung von Teltow-Beeskow folgende Mitteilung: „Ich habe nicht ausgeführt, daß der alte Beirat vor dem mit der Einberufung einer Generalversammlung durch den geschäftsführenden Ausschuh einverstanden sei, sondern erklärt, daß ich mit den Genossen im Bureau Teltow-Beeskows über diese Angelegenheit gesprochen und ihnen den Vorschlag unterbreitet habe. Genosse Groger bemerkte dazu, dies sei ein Vorschlag, der gangbar und annehmbar scheine. Auf ein Bemerkeln von mir, ob er in diesem Sinne wirken wolle, betonte er, was er tun könne, werde er tun; bindende Erklärungen über die Köpfe seiner Vorstandskollegen hinweg könne er allerdings nicht abgeben. Dieses bezeichne ich als selbstverständlich. Bei dieser Besprechung waren noch zwei Genossen des Teltow-Beeskower Kreises zugegen. Gleichzeitige habe ich auch im Zentralvorstand berichtet.“

Von dem bisherigen Kreisvorstand geht uns nachstehende Erklärung zu:

Der Bericht des „Vorwärts“ über die „Generalversammlung“ des Kreises Teltow-Beeskow vom 9. Juli cr, macht Angaben, die den Tatsachen nicht entsprechen.

Eine Mitteilung, die den Vertreter des Bezirksvorstandes von Groß-Berlin, Genossen Weise, berechtigte, in der Versammlung zu erklären: unersucht wäre, der Vorschlag, einer durch den geschäftsführenden Ausschuh einzuberufen und zu leitenden neuen Generalversammlung mit Anwesenheit des alten und des provisorischen Vorstandes für annehmbar bezeichnet worden, ist von uns nicht gemacht worden.

Ein Schreiben des Bezirksvorstandes von Groß-Berlin, das den Beschluß deselben:

„Unter der Voraussetzung, daß die Zentralvorstände der Teltow-Beeskower Wahlkreisorganisation (alter und provisorischer Vorstand) ihr Einverständnis erklären, wird der geschäftsführende Ausschuh des Bezirksverbandes Groß-Berlin mit der baldigen Einberufung und der Leitung einer Generalversammlung des Teltow-Beeskower Kreises beauftragt.“ enthielt, ging dem Bureau des Kreises unter dem Datum des 8. Juli 1916, also erst am Vorabend der Versammlung zu. Der Kreisvorstand hatte also noch gar keine Gelegenheit, bis zu obiger Versammlung dazu Stellung zu nehmen. Die im Bureau tätigen Genossen haben aber stets erklärt, daß sie ohne Vorstandsbeschluß keine Erklärung abgeben könnten.

Berlin, den 12. Juli 1916.  
Thurow. Böke. Groger. Pögel. Stieffenhofer. Ewald. Rymed. Wenzel.

### Zum Frankfurter Konflikt.

Der Parteivorstand schreibt uns: Der Zweck der Nichtteilnahme war, die durch die Resolution des Bezirksparteiages in die Welt gesetzte unwahre Behauptung zurückzuweisen, der Parteivorstand bede die Zurückhaltung der Bezirksbeiträge durch die Frankfurter Kreisorganisation. Diese Behauptung wird nun ja wohl vom Bezirksvorstand preisgegeben.

Die weiteren Streitfragen organisatorischer und finanzieller Natur im Wege der Zeitungspolemik zu erörtern, dürfte wenig Zweck haben. Doch auf eins muß noch hingewiesen werden. Das Wohlflugblatt gegen die „Volkstimme“ ist vom erweiterten Bezirksvorstand unterzeichnet, dem Bezirkssekretariat in Druck gegeben und auf Kosten der Bezirkskasse an die Organisationen des Bezirks versandt mit der Aufforderung, es an die Mitglieder weiterzugeben. Ob das Flugblatt nicht aus der Bezirkskasse, sondern vielleicht von irgendeiner Sonderorganisation oder einer sonst an der parteierzitternden Tätigkeit interessierten Stelle bezahlt wurde, ist für die Beurteilung des Vorgehens des erweiterten Bezirksvorstandes unerheblich.

### Vertagung der Konferenz der Neutrals.

Im Einvernehmen mit der sozialistischen Partei der Vereinigten Staaten und mit Hinblick auf die Lage in Norwegen hat das Haager Bureau die Neutrals Konferenz vom 28. Juni auf den 31. Juli vertagt.

Gleichzeitig teilt das Bureau mit, daß es die Parteien folgender Länder zur Teilnahme an der Konferenz eingeladen hat: Niederlande, Schweden, Norwegen, Dänemark, Vereinigte Staaten, Schweiz, Spanien, Rumänien, Griechenland und Argentinien. Bisher sind folgende Delegierte angemeldet: Branting (Schweden), Bibnes (Norwegen), Stenung (Dänemark), Grimm (Schweiz) und Hilquitt (Vereinigte Staaten).

Diese Delegationen sollen verstärkt werden können. Es wurde nämlich beschlossen, auch die Vertreter der nationalen Gewerkschaftszentralen unter Verantwortlichkeit der Partei des betreffenden neutralen Landes zuzulassen.

Die Konferenz wird nicht geheim tagen. Vertreter der sozialistischen und nichtsozialistischen Presse wurden eingeladen.

Die vorläufige Tagesordnung lautet:

1. Eröffnung der Konferenz, Mitteilung über ihren Charakter, Feststellung der endgültigen Tagesordnung.
2. Antrag der Vereinigten Staaten auf eine allgemeine Sitzung des Internationalen Bureaus.
3. Besprechung eines Manifestes an die Parteien der kriegsführenden Länder über die Festlegung eines dauernden Friedens.
4. Besprechung eines Antrags der niederländischen Abteilung über die Teilnahme der neutralen Länder an der Schließung des Friedensvertrages.

Die vom Exekutivkomitee des Bureaus einberufene Konferenz wird von den niederländischen Mitgliedern der Exekutive geleitet werden, in Anbetracht der Tatsache, daß die belgische Delegation, die den anderen Teil der Exekutive ausmacht, nicht zu den neutralen Ländern gerechnet werden kann.

Den Vorsitz wird wahrscheinlich Genosse Troelstra führen.

### Aus den Organisationen.

Im ersten Hamburger Wahlkreis erstattete der Vorsitzende Genosse Gruenwaldt den Jahresbericht. Danach betrug die Mitgliederzahl 1913/14 8342, 1914/15 8341, 1915/16 5281. Die Beitragseinnahmen sanken von 50 404 M. im Jahre 1913/14 auf 11 718 M. im Jahre 1915/16. In der Besprechung des Vorstandsberichts und der einem Referat Stolten's über die Tätigkeit des Reichstags folgenden Diskussion wurden die Parteidifferenzen erörtert. Der Vorstand wurde bis auf den Schriftführer ohne Einzelabstimmung wiedergewählt. Für den ausgeschiedenen Schriftführer wurde Gebhe (Mehrheit) mit 103 gegen Hllig (Minderheit) mit 55 Stimmen gewählt. 38 Stimmen entfielen auf einen dritten Vorschlag.

Im zweiten Hamburger Wahlkreis berichtet der Vorsitzende Paul Hoffmann in der Mitgliederbesprechung, daß die Mitgliederzahl von 7091 auf 8041 zurückgegangen sei. Die Einnahmen des Beitrags sind um rund 11 500 M. zurückgegangen und betragen insgesamt 14 041 M. In seinem Bericht verteidigte Genosse Hoffmann die Politik der Fraktionsmehrheit und die Maßregeln des Vorstandes in der Jugendbewegung. Die Nürnberger Resolution bestimmte ausdrücklich, daß die Jugendbewegung unpolitisch bleiben muß und es sei zu bedauern, daß sich die Jugendlichen so weit über diesen Rahmen hinaus entwickelt haben. Den Alten könne zum Vorwurf gemacht werden, daß sie es an der nötigen Aufsicht hätten fehlen lassen. Es seien Kreise vorhanden, die die Jugend für ihre Zwecke benutzten. In der Diskussion wurden diese Ausführungen unterstützt. Der Vorstand wurde in seiner Gesamtheit wiedergewählt.

Eine Funktionärkonferenz des dritten weimarer Reichstagswahlkreises, die von 35 Genossen besucht war, fand am Sonntag in Weida statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde herorgehoben, daß ebenso wie im ersten und zweiten weimarer Wahlkreis die Arbeiten der Kreisgeneralversammlung ausnahmsweise auf einer Funktionärkonferenz erledigt werden müßten. — In der Debatte zum Jahresbericht wurden die Möglichkeiten erörtert, Organisation und Presse weiter auszubauen. Die Tätigkeit der Kreisleitung wurde nicht bemängelt. Bei zwei Stimmenshaltungen wurde dann die alte Kreisleitung auf ein Jahr wiedergewählt. — Ueber die innerpolitische Lage referierte Genosse Leutert. Gegen drei Stimmen wurde folgende Resolution angenommen: „Die Funktionärkonferenz des Sozialdemokratischen Kreiswahlkreises Weimar III spricht sich mit Entschiedenheit für die Erhaltung der Geschlossenheit unserer Organisation aus. Sie beurteilt deshalb alle zerstückelnden Bestrebungen, mögen sie von Organisationen, die die Beitragsperrre an die Zentralkasse sperren wollen, oder von anderer Seite in die Erscheinung treten. Da über die taktische und prinzipielle Haltung der Reichstagsfraktion — soweit die Stellungnahme zu den Kriegskrediten und zur Kriegführung in Betracht kommt — erst ein Parteitag die Entscheidung fällen kann, lehnt es die Konferenz ab, eine Vorentscheidung in diesen Fragen zu treffen. Sie gibt aber zu erkennen, daß sie mit der Haltung ihres Abgeordneten in diesen Fragen einverstanden ist. Weiter erklärt sich die Konferenz einverstanden mit der vom geschäftsführenden Bezirksvorstand getroffenen Entschlieung, insbesondere in der Frage, die ein dem Gesamtinteresse der Partei und der Arbeiterklasse mehr förderndes, gedeihliches Zusammenarbeiten der beiden sozialdemokratischen Fraktionen im Reichstag fordert. Es ist mehr denn je alles Trennende zu vermeiden, um die Wiedervereinigung beider Fraktionen zu ermöglichen. Das sollte allen in verantwortungsvollen Posten stehenden Genossen zur ersten Pflicht dienen. Den Funktionären wird deshalb dringend aufgegeben, in diesem Sinne in ihren Organisationen zu wirken.“

## Die Änderungen in der Reichsversicherungsordnung.

Die vom Reichstage beschlossene und am 29. Juni in Kraft getretene Novelle zur Reichsversicherungsordnung bringt für die Versicherten drei Verbesserungen:

1. Das Alter zur Erlangung der Altersrente ist auf das 65. Lebensjahr herabgesetzt;
2. Die Witwenrente ist für Familien mit mehr als einem Kind erhöht;
3. Rentenkürzungen für Empfänger von Invaliden-, Kranken- und Hinterbliebenenrenten sind weggefallen.

Alle drei Änderungen haben rückwirkende Kraft für die Zeit vom 1. Januar 1916 ab. Im einzelnen sei folgendes bemerkt:

### a) Altersrente.

Altersrente hat zu beanspruchen, wer seit dem 1. Januar 1916 älter als 65 Jahre ist und die Wartezeit vollendet hat. Es erhält also die Rente, wer vor dem 1. Januar 1851 geboren ist und die Wartezeit erfüllt hat. Die Rente, die vom 1. Januar an fällig gewesen wäre, wird nachgezahlt.

Die Wartezeit beträgt 1200 Wochen, das heißt: es müssen für 1200 Wochen Arbeitsleistungen nachgewiesen sein; Krankheits- und Militärdienstwochen gelten als Wochen mit Arbeitsleistungen II. Lohnklasse. Die Wartezeit ist für diejenigen Personen, die beim Inkrafttreten der Versicherungsordnung für ihren Berufsweig das 35. Lebensjahr vollendet hatten, herabgesetzt. Es wird für diese Fälle auf die Wartezeit für die Altersrente für jedes volle Jahr, das sie am Tage des Inkrafttretens der Versicherungsordnung ihres Berufsweiges älter als 35 Jahre waren, vierzig Wochen und für den überschließenden Teil eines solchen Jahres die darauf entfallenden Wochen bis zu vierzig angerechnet.

In Kraft getreten ist die Versicherungspflicht für die große Masse der Versicherten am 1. Januar 1891, für Hausgewerbetreibende der Tabakfabrikation am 4. Januar 1892, für den größeren Teil der Hausgewerbetreibenden der Textilindustrie am 2. Juli 1894, für den kleineren Teil dieser Hausgewerbetreibenden am 1. Januar 1898, für die Lehrer, Erzieher und einen Teil der sonstigen Angestellten am 1. Januar 1900, für Gehilfen und Lehrlinge in Apotheken und die erst durch die R. B. D. versicherungspflichtig gewordenen Bühnen- und Orchestermitglieder am 1. Januar 1912.

Die Abkürzung kommt auch den Versicherten zugute, die bereits vor dem 1. Januar 1916 das 70. Lebensjahr vollendet hatten, und zwar auch dann, wenn sie früher mit einem Rentenantrag rechtskräftig abgewiesen waren. Die Rente erhalten sie frühestens vom 1. Januar 1916 ab.

Demnach haben nachzuweisen an Beitragswochen (einschließlich Krankheits- und Militärdienstwochen) die Versicherten, die bei dem am 1. Januar 1891 erfolgten Inkrafttreten der Versicherung ihres Berufsweiges (die größte Zahl der Arbeiter) das 35. Jahr vollendet hatten, wenn sie geboren sind:

Geburtsstag	im Jahre					
zwischen 1. Jan. u. 27. März	1845	1846	1847	1848	1849	1850
28. März u. 3. April	760	800	840	880	920	960
4. April u. 10. „	761	801	841	881	921	961
	762	802	842	882	922	962

und so fort je eine Woche jünger je eine Woche Wartezeit mehr.

Geburtsstag	im Jahre					
zwischen 1. Jan. u. 30. März	1845	1846	1847	1848	1849	1850
31. März u. 6. April	720	760	800	840	880	920
	721	761	801	841	881	921

und so fort je eine Woche jünger je eine Woche Wartezeit mehr.

Die entsprechenden Zahlen für die Hausgewerbetreibenden der Textilindustrie, für deren Berufszweig die Versicherungspflicht am 2. Juli 1894 begann, sind:

Geburtsstag	im Jahre							
	1845	1846	1847	1848	1849	1850	1851	1852
am 1. Januar	614	654	694	734	774	814	854	894
zwischen 1. und 8. Januar	615	655	695	735	775	815	855	895

und so fort jede Woche je eine Woche Wartezeit weniger bis zum 25. Juni, von da ab:

Geburtsstag	im Jahre							
	1840	1841	1842	1843	1844	1845	1846	1847
zwischen 26. Juni u. 25. Sept.	640	680	720	760	800	840	880	920
26. Sept. u. 2. Oktob.	641	681	721	761	801	841	881	921

und so fort jede Woche jünger je eine Woche Wartezeit mehr.

Für Lehrer, Erzieher und den Teil der sonstigen Angestellten, für die die Versicherungspflicht erst am 1. Januar 1900 begann, ist die Wartezeit aus der nachstehenden Tabelle ersichtlich:

Geburtsstag	im Jahre							
	1845	1846	1847	1848	1849	1850	1851	1852
zwischen 1. Jan. u. 27. März	380	400	440	480	520	560	600	640
18. März u. 3. April	381	401	441	481	521	561	601	641

und so fort: je eine Woche jünger je eine Woche weniger Wartezeit.

Für Gehilfen und Lehrlinge in Apotheken und solche Waisen- und Orchestermitglieder, für die erst mit dem 1. Januar 1912 die Versicherungspflicht eingeführt ist, vermindert sich die Wartezeitzahl der letzten Tabelle um 480.

#### b) Die Waisenrente.

Bisher betrug die Waisenrente, außer dem Reichszuschuß von 25 M. jährlich für jedes Kind, für ein Kind drei Zwanzigstel des Grundbetrages und der Steigerungssätze, auf welche der Ernährer am Tage seines Todes Anspruch gehabt hätte, wenn er Invalidenrente bezogen hätte. Bei Berechnung der Steigerungssätze kommen jedoch nur die Wochenbeiträge in Anrechnung, die nach dem 1. Januar 1912 bezahlt sind. Für jedes weitere Kind wurde jedoch nur ein Zwanzigstel des Grundbetrages und der Steigerungssätze als Leistungen der Versicherungsträger gegeben. Erhielt zum Beispiel ein Kind 25 M. Reichszuschuß und 15 M. Leistungen der Versicherungsträger, dann erhielt jedes weitere Kind neben dem Reichszuschuß nur 2,50 M. Leistungen der Versicherungsträger. Durch die jetzt vorgenommene Änderung werden für alle Kinder die Leistungen der Versicherungsträger auf drei Zwanzigstel erhöht, also nach dem oben angeführten Beispiel die Renten für die weiteren Kinder von 27,50 M. auf 40 M. gesteigert. Diese Rentenerhöhung tritt für alle Waisen in Kraft, deren Rente nach dem 31. Dezember 1915 festgesetzt ist. Also für alle Waisen, deren Renten in diesem Jahre festgelegt sind, ist in allen Fällen, wo mehr als ein Kind vorhanden ist, die Rente zu erhöhen und der Fehlbetrag ab 1. Januar, wenn der Ernährer vor dem 1. Januar 1916 verstorben ist, oder sonst vom Todestage des Ernährers an nachzuschließen.

#### c) Wegfall der Rentenzürungen.

Nach § 1291 der Reichsversicherungsordnung wird die Rente der Invaliden und Kranken um so vielmal 10 Prozent erhöht, als er Kinder im Alter von unter 15 Jahren zu ernähren hat. Als Höchstbetrag wurde jedoch nur die Erhöhung für fünf Kinder bezahlt. Hatte der Invalide sechs und mehr Kinder, dann blieb es bei dem einundeinhalbfachen Betrag der Invalidenrente. Diese Kürzung fällt seit dem 1. Januar 1916 fort. Wenn ein Invalide zehn Kinder im Alter von unter 15 Jahren hat, dann erhält er nun den doppelten Betrag der Invalidenrente.

Auch die Kürzungen bei den Hinterbliebenen fallen weg. Nach den §§ 1294 und 1295 sollten die Hinterbliebenenrenten nicht den anderthalbfachen Betrag der Invalidenrente des Ernährers übersteigen; die Waisenrenten allein sollten den Betrag der Invalidenrente des Ernährers nicht übersteigen. Die §§ 1294 und 1295 sind gestrichen, so daß nun bei großer Kinderzahl alle Renten voll zur Auszahlung kommen.

Alle diese Verbesserungen sind mit der Wirkung vom 1. Januar 1916 in Kraft getreten, so daß in allen Fällen, in denen jetzt höhere Beträge bezahlt werden, die Fehlbeträge vom 1. Januar ab nachbezahlt werden müssen.

## Aus Groß-Berlin.

### Der neue Spielplatz in der Jungfernheide.

Der Zugang zu dem neuen Spielplatz für die Groß-Berliner Jugend in der Jungfernheide führt von der See-straße im Berlin-Plöhensee aus. Hat man den See auf der rechten Seite hinter sich gelassen und geht den Schiffahrtskanal, entlang, so ist man in wenigen Minuten auf dem herrlich gelegenen Plage. Aussicht ist in den angegebenen Stunden vorhanden. Mochten recht viele Kinder die schöne Gelegenheit zu Spiel und Erholung benutzen. Die Arbeiterbevölkerung vom Wedding und Moabit wird die Einrichtung dieses Spielplatzes besonders freudig begrüßen, wird doch gerade in jener Gegend ein dringendes Bedürfnis erfüllt.

### Die Arbeitszeit in Schuhfabriken.

Das Polizeipräsidium teilt mit: In der Bekanntmachung vom 29. Juni d. J. über Regelung der Arbeitszeit in Betrieben, in denen Schuhwaren hergestellt werden, muß es unter II. In Werkstätten, Ziffer 1 statt 2 Uhr 3 Uhr heißen.

### Einschränkung des Fahrradverkehrs.

Am 12. Juli 1916 ist eine Bekanntmachung betreffend Beschlagnahme und Befreiung der Fahrradereifungen (Einschränkung des Fahrradverkehrs) veröffentlicht worden. Durch diese Bekanntmachung werden die Beweggründe ersichtlich, die zu dem in fast allen Teilen des Deutschen Reiches vor einiger Zeit ergangenen Verbote der Benutzung der Fahrräder zu Vergnügungszwecken geführt haben. Denn die Bekanntmachung beschlagnahmt alle nicht zur gewerblichen Weiterveräußerung vorhandenen Fahrräder und Fahrradteile, die sich im Gebrauch befinden oder für den Gebrauch bestimmt sind. Nur für bestimmte Fälle wird der zuständige Militärbehörden der Erlaubnis zur weiteren Benutzung der beschlagnahmten Fahrradereifungen erteilt. Diese Erlaubnis wird nur solchen Personen erteilt werden, die das Fahrrad in Ermangelung anderer zweckdienlicher Verkehrsmittel als Beförderung zur Arbeitsstelle oder zur Ausübung ihres im allgemeinen Interesse notwendigen Berufes oder Gewerbes oder zur Beförderung von Waren zur Aufrechterhaltung ihres Betriebes, oder infolge ihres körperlichen Zustandes benötigen. Die Bekanntmachung führt bestimmte Fälle an, in denen die Voraussetzungen für die Erteilung der Erlaubnis stets als gegeben angesehen werden und in denen die Erlaubnis ohne weiteres zu erteilen ist. Die Personen, welchen die Verwendung der Fahrradereifungen weiter gestattet ist, dürfen sie jedoch nur zu dem bei Erteilung der Erlaubnis bestimmten Zwecke gebrauchen.

Um eine Erlaubnis zur weiteren Benutzung der Fahrradereifungen zu erhalten, ist ein Antrag bei der für den Wohnort des Antragstellers zuständigen Polizeibehörde unter Vorlegung der vorgeschriebenen Nachweise auf einem amtlichen Vordruck zu stellen. Dieser Antrag wird von der Polizeibehörde an die Militärbehörde weitergegeben werden. Im Falle der Genehmigung des Antrages erhält der Antragsteller seine Fahrradkarte, mit einem entsprechenden Vermerk versehen, zurück. Falls der Antragsteller abschlägig beschieden wird, verbleibt die Fahrradkarte bei der Polizeibehörde. Es muß dringend empfohlen werden, beschädigte Anträge unverzüglich zu stellen, da die Bekanntmachung bereits mit Beginn des 12. August 1916 in Kraft tritt und nach diesem Tage die Benutzung der Fahrradereifungen ohne die besondere Erlaubnis des Militärbehörden strafbar ist.

Für den Ankauf der beschlagnahmten Fahrradereifungen und Schläuche, die nicht mehr benutzt werden dürfen, werden kommunale Sammelstellen eingerichtet und bekanntgegeben werden. Die Veräußerung der beschlagnahmten Fahrradereifungen ist nur noch an eine derartige Sammelstelle für Fahrradereifungen zulässig, die in der Bekanntmachung näher bezeichnete Preise für Reifen und Schläuche zahlen wird. Soweit die beschlagnahmten Fahrradereifungen bis zum 15. September 1916 nicht an eine Sammelstelle abgeliefert sind, sind sie, sofern sie nicht weiter benutzt werden dürfen, bis zum 1. Oktober 1916 an die für ihren Lagerort zuständige Ortsbehörde anzumelden; sie werden sodann enteignet werden. Es darf aber angenommen werden, daß der größte Teil der Besitzer von beschlagnahmten Fahrradereifungen diese freiwillig an die Sammelstellen veräußern wird, die auch zur Entgegennahme von Fahrradereifungen ermächtigt sind, die unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden.

Durch die getroffenen Maßnahmen wird es nicht nur möglich sein, den Verbrauch von Gummi zur Herstellung von Fahrradereifungen einzuschränken, sondern vor allem werden die ganzen zur Ablieferung gelangenden Fahrradereifungen nach einer entsprechenden Bearbeitung für diejenigen wieder als neue Verreibungen Verwendung finden können, denen die Erlaubnis zur weiteren Benutzung von Fahrradereifungen erteilt ist.

Die Bekanntmachung enthält eine Anzahl von Einzelbestimmungen. Ihre Kenntnis ist für alle Personen wichtig, die einen Antrag auf Weiterbenutzung von Fahrradereifungen stellen wollen. Der Wortlaut ist bei den Polizeibehörden einzusehen.

### Einschränkung der Kinoreklamen.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Die jetzt zunehmende und auf den öffentlichen Straßen mehr und mehr hervortretende Plakatreklame für Kino und Varietédarbietungen hat Anlaß zu einer behördlichen Regelung für den Landespolizeibezirk Berlin durch zwei einander ergänzende Verordnungen des Oberbefehlshabers in den Marken und des Polizeipräsidenten zu Berlin gegeben. Die Regelung erstreckt sich auf Reklameplakate für öffentliche Schaustellungen jeder Art, und es lag ihr das Bestreben zugrunde, die Straßentateme für die genannten Darbietungen unter Zugrundelegung desjenigen Reklameumfangs einzuschränken, der bisher für die Theater üblich gewesen ist. Zu diesem Zwecke werden Reklameabbildungen, wie sie zum öffentlichen Vergnügen namentlich bei den Kinos dadurch aufgefunden sind, daß Abbildungen von Verbrechen, Gewalttätigkeiten und sonstigen schockierenden Dingen sowie sinnlich anstößige Bilder als Lockmittel benutzt wurden, allgemein verboten. Reklameplakate für alle öffentlichen Schaustellungen werden ferner grundsätzlich auf die öffentlichen Anschlagtafeln (Wisschtafeln) verwiesen. Außer an diesen sollen derartige, von der öffentlichen Straße aus sichtbare Plakate nur vor denjenigen Gebäuden selbst, in welchen die Vorstellungen stattfinden, nicht aber an anderen Bauflächen, insbesondere nicht an Schaufenstern anderer Häuser gestattet sein. Außerdem wird der Plakateninhalt der einzelnen mit Bild oder auffälliger Schrift versehenen Plakate sowie der Gesamtlächeninhalt aller derartiger Hausreklameplakate, die bei den Theatern, wenn überhaupt, sehr spärlich angebracht waren, aber namentlich bei Kinos vielfach ins Ungemessene gingen, entsprechend beschränkt.

In Anlehnung daran setzen die Verordnungen einzelne, den Betrieb der Kinematographentheater betreffende Vorschriften fest, insbesondere das Verbot, den Betrieb außerhalb der Zeit von 9 Uhr nachmittags bis 11 Uhr abends zu führen, ferner die Verpflichtung, die Programme behördlich anzumelden, keine zensurpolizeilich verbotene Filme anzukündigen und keine Hausreklameplakate für solche Filmvorführungen anzubringen, deren Besuch Kindern unterliegt ist. Das Inkrafttreten der Verordnungen ist auf den 15. August festgesetzt.

### Die Harzgewinnung im Potsdamer Forst.

Und wird geschrieben: Zu dem Arbeitsverdienste der armen Frauen und Kinder durch Pflanz- und Beerensammeln in den Waldbezirken ist neuerdings die Harzgewinnung gekommen. Welche Arbeit ertragreicher ist, dürfte schwer festzustellen und schwankend sein. Denn wenn auch der Kriegszuschuß für Rohharzgewinnung für Balsamharz 75 M. (wohl für 1 Zentner) und 50 M. für Scharharz an den Waldeigentümer zahlt, so weiß man doch nicht, wie viel der Waldeigentümer davon den arbeitenden Frauen und Kindern abgibt. Daher muß zuerst mit diesen ein Uebereinkommen getroffen werden.

Was die Arbeit selbst betrifft, so werden zunächst die zur Entzweigung bestimmten Bäume angebohrt oder, und zwar jetzt meist, mit dem Grandeleisen angeschlagen. (Die dazu nötigen Arbeitswerkzeuge können vom Kriegsausgleich für Rohharzgewinnung, Berlin W 8, Mauerstr. 26/28, bezogen werden.) Darauf gibt wohl jeder Baum binnen einiger Wochen mehr als 10 Pfund Harz, das in zwei Sorten: Balsamharz und Scharharz gewonnen wird. Aber wie viel Harz gewonnen wird, hängt nicht nur von dem Zustande der Bäume, sondern auch von der Umsicht und Geschicklichkeit der Arbeiter ab. Eine gute Harzgewinnung erfordert ein fortwährendes Bearbeiten der Bäume resp. der frischen Wunden mit dem Grandeleisen. Dies ist die erste Hauptbedingung für rationelles Arbeiten, denn nur dadurch wird die deutsche Kiefer zu längerer Harzabgabe angeregt, während sonst der Harzfluß bald versiegt, in welchem Falle der Ertrag in einem groben Mißverhältnis zu der angewendeten Mühe stehen würde. Nur durch regelmäßiges, sorgfältiges Nachpflöhen der Wunden alle drei oder vier Tage wird eine reichliche Harzgewinnung von mehreren Kilo pro Baum erzielt, und nur dann wird diese Arbeit für Frauen und größere Kinder eine lohnende sein.

**Arbeiter-Bildungsschule.** An den wissenschaftlichen Einzelvorträgen, der heute, Donnerstagabend 8½ Uhr im Hörsaal der Schule stattfindet, sei nochmals erinnert. Genosse Ströbel wird über das Thema: „Gustav Freytag, ein literarischer Vorkämpfer des jungen deutschen Kapitalismus“, sprechen.

Eintrittspreis 10 Pfennig.

Zu dem großen Banddiebstahl wird mitgeteilt, daß auf Grund der Veröffentlichungen bei der Kriminalpolizei schon viele Mitteilungen aus dem Publikum eingegangen sind. In verschiedenen Gegenden will man ein Mädchen gesehen haben, das wohl Stephan und seine Geliebte Dorasch sein könnten, so auch auf der Fahrt nach Spandau. Alle diese Meldungen, die nicht bloß aus der Umgebung von Berlin, sondern auch aus der Provinz eingingen, werden jetzt nachgeprüft. Ermittlungen werden auch in der Heimat des Mädchens, in Weip-Zuñenort, angestellt, wo der Vater der Flüchtigen anständig ist. Ein Bild des Mädchens hat man noch nicht beschaffen können. Es hat alle Bilder, auch eins, auf dem mit ihr wahrscheinlich ihr Geliebter abgebildet war, vernichtet. Eingehende Nachforschungen finden auch in Berlin und in größeren Vororten statt, weil man mit der Möglichkeit rechnet, daß die Flüchtigen hier unter falschem Namen vielleicht in einem Pensionat wohnen.

Eine Preisermäßigung von 50 Proz. hat gestern auch die Tischlerinnung von Neukölln in ihrer Innungsversammlung beschlossen. Der Beschluß lautet: In Anbetracht der ganz enorm gestiegenen Preise aller Rohmaterialien und der aus den wirtschaftlichen Verhältnissen während der Kriegszeit ergebenden Notwendigkeit des Aufschusses zu den Arbeitslöhnen sieht sich die Innung veranlaßt, die Preise für die Fabrikate um 50 Proz. zu erhöhen. Es wird sämtlichen Mitgliedern zur Pflicht gemacht, diesen Beschluß in ihrem Geschäftsverkehr zur Durchführung zu bringen. — Dieje

Erhöhung geht noch über die kürzlich von der Vereinigung der Möbelfabrikanten beschlossene hinaus. Denn sie beträgt ohne Unterschied 50 Proz., während jene für rohe Möbel nur 40 Proz. betrug. Neukölln ist von altersher der Sitz großer Tischlereibetriebe, die einen erheblichen Teil von Groß-Berlin mit den Erzeugnissen der Tischlerei versorgen.

Ein Jagdunfall, bei dem zwei Berliner Herren verletzt wurden, wird aus Chorinchen gemeldet. Zwei Berliner Rentiers hatten sich vorgestern zur Entenjagd auf ihre bei Chorinchen gepackten Jagdgebiete begeben. In Begleitung des Jagdaufsehers K. begaben sich die Jäger auf den Anstand. Kaum hatten sie ihre Plätze dicht nebeneinander eingenommen, als plötzlich ein Knall ertönte und beide Jäger von einer Schrotladung getroffen wurden. Der unglückliche Schütze war der Jagdaufseher K., der im Jagdfeuer wohl die nötige Vorsicht außer acht gelassen hatte. Auf telephonischen Anruf begab sich ein Arzt aus Oberwalde im Automobil zur Unfallstelle und legte den Verunglückten Rotverbände an. Die beiden Herren konnten dann die Rückfahrt nach Berlin antreten.

Eine neue Bankunterziehung wurde gestern entdeckt, diesmal eine kleineren Stils, die aber immerhin noch 13 000 M. beträgt. Bei einer hiesigen Kleinkassendbank vertrat der am 15. August 1897 zu Berlin geborene Bankföhrer Max Quicker, der in der Wallstraße 16 bei seiner Mutter wohnte, zur Ausfüllung eines im Felde stehenden Kassierers. Der junge Mann litt etwas an der Großmännlichkeit. Er liebte es, nobel aufzutreten, spielte wohl auch und verkehrte mit Mädchen, mit denen er gern Ausflüge machte. Weil dazu seine Mittel nicht ausreichten, so machte er vor einiger Zeit schon einen Griff in die Kasse, den er durch falsche Buchungen verdeckte. Auch dieses Geld reichte nicht lange. Um sich neues zu verschaffen und die erste Veruntreuung weiter zu vertuschen, beging er eine neue Unterschlagung. Als er endlich fürchten mußte, daß die Veruntreuungen trotz der Fälschungen ans Licht kämen, beschloß er, noch einen größeren Griff in die Kasse zu tun und dann zu flüchten. Am Montag fand er dazu die Gelegenheit. Er sollte 8000 M. abliefern, fälschte jedoch die 8 in eine 3 um, lieferte nur 3000 M. ab und behielt 5000 M. für sich. Mit diesem Gelde in der Tasche blieb er am Dienstag ohne Grund und ohne Entschuldigung vom Geschäft weg. Seine Mutter, bei der man nachfragte, konnte nur sagen, daß er sich morgens fein angezogen und beim Weggehen seinen Revolver mitgenommen hatte. Die Frau hatte sich dabei nichts gedacht und glaubte, daß ihr Sohn nach wie vor im Geschäft tätig sei. Die Prüfung der Kasse und der Bücher ergab jetzt die Veruntreuungen, die bisher auf 13 000 M. festgestellt wurden. Man vermutet, daß sich der junge Mann nach Verbrauch des veruntreuten Geldes das Leben nehmen werde.

Eine Bande von Treibriemen Dieben wurde in der vergangenen Nacht unerschöpflich gemacht. Ein Wächter sah, wie vier junge Burchen in der Simon-Dach-Straße den Schaufenster eines Kaufhauses einschlugen und ausplünderten. Er verfolgte sie, konnte sie aber nicht ergreifen. Nach Beendigung seines Dienstes sah er die Burchen, als er zufällig durch die Warschauer Straße ging, dort auf einem Hausflur beieinander stehen. Jeder holte er einen Schutzmantel und nahm sie mit dessen Hilfe fest. Die Ermittlungen und Hausdurchsuchungen ergaben nun bald, daß die vier, die Ruischer Max Julius und Albert Winter und die Arbeiter Emil Fiebig und Artur Reich Spezialisten im Treibriemen Diebstahl waren. Während die Eltern glaubten, daß sie arbeiteten und Nachdienst hätten, brachen sie in Fabriken ein und stahlen die Treibriemen. Bis jetzt räumten sie fünf solcher Einbrüche ein. Alle vier wurden dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Von einer Lasette überfahren und gestöbt. Die schon so oft gerügte Unsitte der Kinder, sich an vorüberfahrende Wagen anzuhängen, hat in Spandau einen bedauerlichen Unfallsfall herbeigeführt. Als ein Geschäftstransport die Kuhlener Straße passierte, hängte sich der dreijährige Sohn eines Postbeamten an eine Lasette an, um eine Straße mitzufahren. Dabei stürzte er ab und geriet unter ein Rad der folgenden Lasette, das aber ihn hinwegging. Der Kleine, der schwere innere und äußere Verletzungen erlitten hatte, wurde nach dem Spandauer städtischen Krankenhaus geschafft, wo er bald nach seiner Aufnahme starb.

Mit Gas vergiftet hat sich gestern die 59 Jahre alte Schneiderin Marie Nowis, die seit Jahren für sich allein in der Belle-Alliancestr. 62 wohnte. Was sie dazu veranlaßte, weiß man nicht. Selbstmordgedanken hatte sie vorher nicht geäußert.

Straßenunfall. In der Kaiser-Friedrich-Straße in Neukölln sprang am gestrigen Nachmittag gegen 3 Uhr eine Frau Herms von einem Straßenbahnwagen der Linie 27 während der Fahrt ab. Frau H. kam zu Fall und erlitt eine Gehirnerschütterung und eine Kopfwunde. Die Verunglückte wurde nach dem Krankenhaus in Budow gebracht.

Gebäude Herrnsfeld-Theater. Die diesjährige Spielzeit wird mit einer neuen dreitägigen Komödie „Wachsmanns Fährtenhof“ eröffnet. Es ist dies die letzte gemeinschaftliche Arbeit der beiden Brüder Anton und Donat Herrnsfeld, die ihr Theater über dreißig Jahre lang mit eigenen Stücken versorgten.

## Aus den Gemeinden.

### Kartoffelversorgung in Neukölln.

Die Versorgung der Stadtgemeinden mit Frühkartoffeln erfolgt durch die Provinzial-Kartoffelstelle und zwar nach einem einheitlichen Verteilungsplan für das ganze Gebiet der Provinz Brandenburg. Die Lieferung für Neukölln findet aus sechs Ueberlieferungsstellen der Provinz statt. Wie uns vom Magistrat mitgeteilt wird, ist der Verzehr bemittelt gewesen, wegen der fehlenden Kartoffeln eine vorzeitige Zufuhr aus diesen Kreisen ins Werk zu setzen. Wegen der ungünstigen Witterung konnte jedoch vor dem 20. dieses Monats der Beginn der Lieferung nicht in Aussicht gestellt werden. Infolge dessen hat sich ein großer Teil unserer Bürger in die Nachbargemeinden Budow, Rudow, Schöneberg usw. begeben, um dort direkt den Kartoffeleinkauf zu tätigen. Die Kartoffelbestände dieser Gemeinden sind jedoch für den Kreis Teltow bestimmt und dürfen an Einwohner anderer Bezirke zur Vermeidung der in den geltenden Verordnungen angeordneten Strafen nicht abgegeben werden, und zwar macht sich nicht nur der Verkäufer, sondern auch der Käufer strafbar. Vom Landrat des Kreises Teltow sind wir darauf hingewiesen worden, daß künstlich die beobachteten Verstöße gegen diese Vorschriften ungeschicklich verfolgt werden müßten. Um unserer Bevölkerung aber den Anlaß zu nehmen, die Ortschaften im Kreis Teltow zum unbefugten Kartoffeleinkauf aufzufuchen, ist dem Magistrat auf seine Vorstellung die sofortige Lieferung von 2000 Zentnern Frühkartoffeln aus dem Kreise Teltow zugesichert worden, die später wieder zurückstattet werden müssen. Da diese Lieferungen schon von heute ab beginnen sollen, werden sowohl in den städtischen Verkaufsstellen als auch bei den Händlern in den nächsten Tagen soviel Kartoffeln vorhanden sein, daß die Ansprüche unserer Bürgerschaft voll befriedigt werden können. Die raten infolgedessen dringend davon ab, auch künstlich die Ortschaften des Kreises Teltow zum Kartoffelbezug zur Vermeidung von Unannehmlichkeiten aufzufuchen.

### Ausgabe der Zusatzkarten für Kranke in Schöneberg.

Der Schöneberger Magistrat teilt mit: Nachdem eine Zentralfstelle für Krankenernährung geschaffen worden ist, der sich die meisten Gemeinden Groß-Berlins angeschlossen haben, können Zusatzkarten für Milch, Fleisch, Butter, Eier, Mehl und Nahrungsmittel, die sich zur Zubereitung von mehligartigen Speisen eignen, an Kranke nur verabsolgt werden, wenn ein entsprechender Antrag vom Arzt auf dem von der Zentralfstelle vorgefertigten Formular gestellt wird. In Schöneberg werden vom Frei-

tag, dem 14. Juli 1916, ab diese Formulare im neuen Rathaus, Zimmer 208, ausgegeben. Der Arzt schickt das ausgestellte Attest in geschlossenem Umschlag an das neue Rathaus, Zimmer 203 zurück; die Kranken erhalten die Zusatzkarten nach Genehmigung durch die Post zugestellt.

## Aus aller Welt.

### Eine Sputzgeschichte.

Vor einiger Zeit berichteten wir über eine Sputzgeschichte, die sich in Grohgerlach, einer kleinen, in Württemberg gelegenen Gemeinde zugetragen haben soll. Wir wiesen damals darauf hin, daß nicht nur die Honorationen dieses Ortes, sondern selbst verschiedene Zeitungen, u. a. auch ein amtliches Kreisblatt, den Sputz als ein wirkliches, nur nicht zu erklärendes Vorkommnis ihren Lesern vorsetzten, bis es schließlich einem Postjungen gelang, einen zwölfjährigen Knaben als den Urheber der alle Einwohner des Dorfes aufregenden Gruselstalten zu ermitteln. Wir glaubten damit die Geschichte erledigt und waren um so mehr erstaunt, als wir mehrere Wochen später in einem anderen Amtsblatt, „Tübinger Chronik und Steinsalbote“ einen spaltenlangen Artikel fanden, der sich in ganz ernsthafter Weise nochmals mit der Angelegenheit beschäftigte. Hiernach sollte der Herausgeber der Zeitung „Hohenstaufen“ in Göttingen, Redakteur Jäg, sich nach Grohgerlach begeben haben, um sich an Ort und Stelle ein eigenes Urteil zu bilden. Lang und breit wird dann erzählt, wie in dem Stall des betreffenden Gehöfts hintereinander das Vieh auf geheimnisvolle Weise von den Ketten gelöst wurde und wie in den Wohnräumen Polstermöbel und Schüsseln umgeworfen wurden, ohne daß es den „beherzten“ Männern, die man zu Hilfe gerufen hatte, gelang, das Rätsel zu ergründen.

Nun hat sich schließlich noch eine wissenschaftliche Expedition auf den Weg gemacht und die in Betracht kommenden Gebäude einer bis ins einzelne gehenden Besichtigung unterzogen. Die Teilnehmer der wissenschaftlichen Untersuchungskommission teilen der Presse jetzt mit, daß ein Grund zu der Annahme, daß es sich um abnorme Vorgänge handle, nicht vorliege. Sie haben den Eindruck gewonnen, daß die Angelegenheit erst durch ihre Behandlung in der Öffentlichkeit auch im Orte selbst eine so ungewöhnliche Beachtung gefunden hat.

Damit dürfte die Sputzgeschichte wohl erledigt sein. Eine beschämende Rolle haben aber jedenfalls jene Zeitungen dabei gespielt, die einige vielleicht vorgekommenen Vorfälle, die auf Dummheitsstreiche zurückzuführen sind, in so ernsthafter Weise als übernatürliche Dinge behandelt haben.

### 55,5 Proz. Gewinn beim Viehhandel.

Ein Strafprozeß wegen übermäßiger Preissteigerung beim Viehhandel gegen die Fleischer und Viehhändler Arno Friedrich Piehlich aus Lommich bei Nadeberg und Karl Reinhold Renkewitz aus Raffau bei Dippoldiswalde beschäftigte am Montag die fünfte Strafkammer des Dresdener Landgerichts.

Nach der Anklage hat der Angeklagte Piehlich im Monat Februar bei Landwirten und Viehhältern in der Amtshauptmannschaft Dresden insgesamt sechs Stück Kühe erworben. In Gemeinschaft mit dem Angeklagten Renkewitz brachte Piehlich die Kühe zum Verkauf auf den städtischen Schlacht- und Viehhof nach Dresden und verlangte dort Preise, die nach den sachverständigen Aussagen des Schlachthofdirektors Veterinärarzt Angermann, des Viehgroßhändlers Wahrig und des stellvertretenden Fleischereimermeisters Richter der damaligen Marktlage nicht entsprachen. Der geforderte Preis enthielt nach den Sachverständigenausagen einen übermäßigen Gewinn. Denn nach den Feststellungen des Gerichts hatte der Angeklagte Piehlich die sechs Kühe zum Preise von 2810 M. gekauft und für 8594 M. wieder verkauft. Wenn man die Spesen und Auslagen in diesem Falle unberücksichtigt lasse, d. h. nicht in Abzug bringe, liege ein Bruttogewinn von 1284 M. oder 55,5 Prozent vor. Auf Grund dieser Tatsachen verurteilte das Gericht Piehlich zu einer Woche Gefängnis und 500 Mark Geldstrafe und Renkewitz zu 300 Mark Geldstrafe.

Die Anwerterkatastrophe in Wiener Neustadt hat nach den bisherigen Meldungen 39 Tote und über 100 Verletzte gefordert. Die meisten Verletzungen sind durch umherfliegende Glascherben entstanden. Zahlreiche Häuser sind so schwer beschädigt, daß man sie nicht wiedererkennet. Inmitten einer dichten Wirbelstaubwolke sah man losgerissene Dachstücke, Gebälk, Baumstämme und andere Gegenstände fliegen. Am schwersten heimgesucht wurde die Pottenhofer Straße. Die Häuser beiderseits der Straße machten den Eindruck, als hätte ein verheerender Brand gewüthet. Es spielten sich dort bewegte Auftritte ab. Inmitten der Trümmer standen die Bewohner händringend, nach ihren Angehörigen und Kindern suchend. Ein nach Wien fahrender Personenzug, der 5 1/2 Uhr Wiener Neustadt verließ, wurde ebenfalls von der Windhose erfaßt. Ein vom Sturm umgeworfener Telegraphenmast stürzte auf eine der beiden Lokomotiven des Zuges, beschädigte sie und verletzten den Maschinenführer. Auch Reisende in dem Zug wurden verletzt.

Explosionunglück im Hause des russischen Ministerpräsidenten. Nach einer Meldung der Petersburger Telegraphenagentur explodierten Dienstag nachmittags in dem Keller eines Automobilschuppens bei einem Hause des Ministerpräsidenten, das jedoch nicht von ihm bewohnt wird, Dämpfe von verschüttetem Benzol. Die Explosion zerstörte den Fahrstuhl des Hauses und die zur Wohnung des Obersten Offiziers führende Treppe. Die französische Lehrerin der Kinder des Obersten, die nach der Stunde im Fahrstuhl hinunterfahren wollte, wurde getötet. Weitere Opfer gab es nicht.

Eisenbahnunglück in Medlenburg. Auf der Strecke Krasow — Karlow entgleiste infolge Dammunterspülung ein nach Karlow fahrender Personenzug. Durch die Wucht der auseinanderstößenden Wagen wurde die 4 Jahre alte Tochter des Schichtmeisters Kelling gegen eine Tür geschleudert und so schwer verletzt, daß sie bald darauf starb. Die übrigen Reisenden kamen mit dem Schrecken davon.

Bei Wärsarbeiten sind in der Gemeinde Horat bei Schwelm durch einen einstürzenden Schornstein drei Personen, der Sohn des Gemeindevorstehers Koste, der kürzlich als Kriegsbeschädigter aus dem Heere entlassen worden war, der 19jährige Landwirt Brenner und der Landwirt Reich Schärt getroffen worden. Koste und Brenner wurden sofort getötet, Schärt trug schwere Verletzungen davon, denen er nach kurzer Zeit erlag.

Brand eines Getreidespeichers in Baltimore. Aus Fern meldet der Draht: Nach dem „Koubelliste“ ging in Baltimore ein Getreidespeicher, der 300 000 Hektoliter, dem Bierverband gehöriges Korn enthielt, in Flammen auf und wurde vollständig vernichtet; mehrere Personen sind umgekommen.

### Eingegangene Druckschriften.

Arbeiter-Jugend. Die sechsten erschienenen Nr. 15 des achten Jahrganges hat u. a. folgenden Inhalt: Die staatsbürgerliche Erziehung. Von Ludwig Wagemann. — Der Bernolli. Von H. Sommer. (Schluß.) — Bräutigam. Von Karl Busse. (Schluß.) — Die Anfänge der Baukunst. Von Adolf Behne. (Mit Abbildungen.) — Ein Gedächtnis des Singers. Von H. Dieberich. — Aus der Jugendbewegung. Vogelennacht. — Erlebnisse und Schilderungen aus dem Kriege von H. Kurz. 2 M. — Marie Antoinette. Roman aus der französischen Revolution. Von G. Freimant. 5 M., geb. 650 M. Bong u. Co., Berlin W 57.

## Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Studenten, S. IV. Fortschritts, portiere, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Nachsatz und eine Zahl als Verzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Anfragen, denen keine Adressenangabe beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Verträge, Schriftsätze und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

J. Fr. 3. Senden Sie sich an das Universitätslaboratorium, Magdeburger Straße 16. Nähere Auskunft dort. — G. B. 23. Zu erfragen beim Transportarbeiterverband, Engelauer 15. Sektion der Seefahrt. Zweite Frage unverständlich. — G. R. 100. Buchbinderverband, Urbanstraße 63. Dort erscheint auch die „Buchbinder-Zeitung“. — L. P. 5. Poliklinik Schumannstraße 21, werktäglich 9-11 und 3-4. — G. R. 37. „Gute Vorsehensstellen“ für einen neunzehnjährigen Knaben zu empfehlen, ist schwer. Wir möchten da keine Verantwortung übernehmen. 2. Die Unfall „Blondblitz“ in Schöneberg nimmt nur grifflige Kinder auf, würde also ein umgestautes Kind wohl abweisen. — W. 12. Wegen der Massenbeschäftigung könnten Sie sich an Stadtrat Dörflein (Rathaus) wenden. Wegen der Schule möchten Sie es mit einer Anfrage bei den Direktoren der nächsten Gemeindeschulen versuchen. — Charlottenburg 6. Rein. H. J. Für die Festsetzung der Löhnung zählt die doppelte Anrechnung der Auslandsdienstzeit nicht doppelt, nur für eventuelle Pension. — G. 14. Die Mitteilung, welche Ihnen gegeben wurde, wird wohl zutreffend sein. Nebenfalls tun Sie aber gut, sich an das Betriebsamt, Anwaltsstr. 50/51, um Auskunft zu wenden. — A. 2. 40. 1. Na, auch Ungenüge genannt. 2. Ob und wo zu kaufen, ist uns nicht bekannt. — G. R. 16. Senden Sie sich direkt an die Schlafwagen-Gesellschaft, Unter den Linden 57. — T. 92 und W. 2. 24. In Polen. — H. R. 1. Senden Sie sich an W. H. Trautmann, Berlin S. 42, Pringelstr. 8. — G. P. 16. Schwesternschulen sind den städtischen Krankenhäusern Noabst und Birchow-Krankenhaus angeschlossen. Wohnung und Beschäftigung sowie Dienstleistung frei. Köpfe ist selbst zu halten. Kostengeld pro Monat 10, später 15 M. Bedingung: Nicht über 35 und nicht unter 20 Jahre alt, gute Gesundheit, ausreichende Allgemeinbildung. Meldung bei der Direktion des betreffenden Krankenhauses. Ausbildungsstufes 1 Jahr.

— Warte 70. Sie haben trotzdem Anspruch auf Altersrente, da Ihnen für die Jahre, die Sie beim Austritt des Gesetzes über 35 Jahre alt waren, nichtgelebte Renten mit zur Anrechnung gebracht werden. Der Antrag ist unter Einreichung der Anrechnungsbescheinigungen, der letzten Quittungskarte und der Geburtsurkunde beim Versicherungsamt Berlin, Klosterstr. 65/67, zu stellen. — W. 24. 101. Da Ihre Erkrankung innerhalb drei Wochen nach dem Ausscheiden aus der dienstverpflichtigen Beschäftigung eingetreten ist, haben Sie Anspruch auf Krankengeld für die Zeit, in der Sie erwerbsunfähig waren. Sie müssen sich eine Bescheinigung über Ihre Erwerbsunfähigkeit von den Ärzten einfordern. — G. 36. Die Sparkasse kann aus Ihren Mitteln Kriegsanleihe zeichnen. — C. 23. 1. Sie müssen das der Zentraleinstellungsgesellschaft melden, sonst können Sie bestraft werden. — W. 300. Der Wirt kann verlangen, daß die Wohnung etwaigen Mietern in der Zeit von morgens 10 bis abends 7 Uhr zur Beschäftigung freigestellt wird. — G. B. 124. Die Arbeitszeit ist an dem Tage wie sonst an Wochentagen üblich. — G. 4. Der Arbeitgeber kann Ihnen nur für zwei Lohnzahlungsperioden die Krankentafelbeiträge abgeben. — J. B. 77. Rät sich nicht mit Bestimmtheit sagen. — W. C. 27. Da ein voller Jahresarbeitslohn in dem vorigen Jahre für Sie nicht vorliegt, können Sie nach Ihrem jetzigen Einkommen zur Steuer veranlagt werden. Wegen einer Abminderung der Klammern könnten Sie Beratung beim Vorsitzenden der Veranlagungskommission in der Lindenstraße einlegen. — A. 2. 171. Sie möchten sich an das Regiment in Kallienow oder an das Infanterieregiment in Fürstentum wenden. — C. O. 31. Bis zu Ihrer Entlassung vom Militär brauchen Sie Staats- Einkommensteuer nicht zu zahlen, wohl aber Gemeindeeinkommensteuer. — Kriegselterngehalt. Sie sind infanterie im Artillerie, als Kriegselterngehalt nur gezahlt wird an Eltern, deren Söhne gefallen sind. Wegen die Ablehnung der Kriegsunterstützung werden Sie in Ihrem Falle mit Erfolg nichts unternehmen können. — G. W. 385. Wenden Sie sich an die Spanische Volkshilfe, Abteilung für Ruffen, Berlin, Hedemannstr. 4. — Z. 77. 1. Markgrafenstr. 42. 2. Am Reichsanzeiger. 3. Zu erfragen im Norddeutschen Verlag, Wilhelmstr. 82. — Krieg 46. Ist richtig und beugt: Auskunfts-Bureau über Kriegsgefangene, Paris. — G. 2. 39. Erwerb nicht sehr lohnend, daher nicht besonders zu empfehlen. Nähere Auskunft erhältlich beim Verband der Gärtner, Luisenufer 1. — W. 2. 8. Dagegen kann unferretlich nichts unternommen werden. — Krampf 33. Epileptikeranstalt Bühlgarten. Meldung dort. Geburtszeugnis, vielleicht auch Schulzeugnis.

**Nachruf.**  
Die Nachricht vom Tode unseres  
**Direktors Herrn Schumacher**  
hat uns tief gerührt.  
Der Heimgegangene war uns stets durch seine unermüdelichen Fleiß und seine Gerechtigkeiten ein gutes Vorbild, dessen Andenken wir in hohen Ehren halten.  
Die Arbeiterschaft der Firma Rietschel & Henneberg.  
953b Abt. Melchiorstraße.

**Sozialdemokratischer Wahlverein Charlottenburg.**  
**Nachruf.**  
Am 25. Juni verstarb am Gehirnstroke unser Mitglied  
**Karl Schulz**  
Gosanderstraße 15  
im Alter von 82 Jahren.  
Ehre seinem Andenken!  
250/16 Der Vorstand.

**Deutscher Transportarbeiter-Verband.**  
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.  
**Nachruf.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Vater  
**Gustav Richter**  
von der Firma Benno Schwarz u. Co., Kommandantenstraße, am Donnerstag, den 6. d. M., im Alter von 47 Jahren verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
66/7 Die Bezirksverwaltung.

**Vorwärts Bibliothek**  
Gute Bücher für Unterhaltung und Belehrung gehören ins Feld!

Erweit	Ein Roman aus dem Vorkriegsleben von H. G. G.
Der Anstöß	Eine Erzählung von Emil Frensdorf
Das Land der Zukunft	Reiseführer durch die Welt von H. G. G.
Verstobenes Volk	Reiseführer durch die Welt von H. G. G.
Der Prinzipienreiter	Reiseführer durch die Welt von H. G. G.
In den Tod getrieben	Reiseführer durch die Welt von H. G. G.
Der Pariser Garten	Reiseführer durch die Welt von H. G. G.
Mütter	Ein Roman von Joh. Bredt
Der Morgen graut	Erzählungen von H. G. G.
1000 Mark Belohnung	Reiseführer durch die Welt von H. G. G.
Die Blettertel	Reiseführer durch die Welt von H. G. G.
Vom Waisenhaus zur Fabrik	Reiseführer durch die Welt von H. G. G.
Der Gotteslästerer	Reiseführer durch die Welt von H. G. G.
Die Martelerinderin	Reiseführer durch die Welt von H. G. G.
Kriegsfahrten	Reiseführer durch die Welt von H. G. G.
Kriegsberichte	Reiseführer durch die Welt von H. G. G.
Herzen im Kriege	Reiseführer durch die Welt von H. G. G.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Werkzeugschmied  
**Otto Schaale**  
Reußstr., Saalestraße 12/13  
am 9. Juli gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 13. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Reußstr., Mariendorfer Weg, aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet.  
Die Ortsverwaltung.

Ein Opfer des Weltkrieges starb an seiner sich im Felde zugezogenen Krankheit am 10. Juli im Rudolf-Wirchow-Krankenhaus mein lieber Mann, der Gatte  
**Paul Scheer**  
Schweiber Str. 50.  
In tiefstem Schmerz  
**Ww. Minna Scheer und Tochter.**  
Die Beerdigung erfolgt am Freitag, den 14. Juli, nachmittags 2 1/2 Uhr, auf dem alten Garnikofriedhof, Müllerstraße. 1674

**Nachruf.**  
Den Kollegen fernher zur Nachricht, daß unser Kollege, der Werkzeugschmied  
**Paul Hartmann**  
am 8. Juli gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
119/20 Die Ortsverwaltung.

Am Sonntag, den 9. Juli 1916 verstarb unser langjähriger Kollege  
**Otto Schaale.**  
Ein dauerndes Andenken bewahren ihm  
Die Kollegen  
des Werkzeugbauers A. G. G.  
Kabelwerk Oberspree.  
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 13. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Gemeinde-Friedhofes Reußstr., Mariendorfer Weg, aus statt.

Jeder Band gebunden. Preis 1 Mk.  
Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. m. b. H.  
Berlin SW. 63, Lindenstraße 3.

**Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.**  
Zahlstelle Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Kollegen  
**Julius Hasche**  
Kirchbasstr. 9, Bezirk 5  
am 6. Juli  
**Gustav Schötzle**  
Brangellstr. 58, Bezirk 4  
am 9. Juli  
verstorben sind.  
Ehre ihrem Andenken!  
Die Beerdigungen haben bereits stattgefunden.  
Die Ortsverwaltung.

**Westmann's Trauermagazin**  
Größte Auswahl.  
Billigste Preise.  
I. Mohrenstraße 37a  
(Kolonnaden)  
II. Or. Frankfurter Str. 115  
(nahe Andreasstr.)  
Auswahlsendungen sofort.  
Ami Zentrum 7890.  
Sonntag 12-2 Uhr geöffnet.

**Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands.**  
Zahlstelle Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Steinmetz  
**Alois Orgeldinger**  
gestorben ist.  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 13. Juli 1916, nachmittags 10 1/2 Uhr, auf dem Georgen-Friedhof in Weißensee, Mühlstraße, statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
171/13 Die Ortsverwaltung.

**Führer**  
durch das preussische Einkommensteuergesetz  
Mit 19 Formularen für Eingaben und Reklamationen, sowie einem ausführlichen Sachregister  
Preis 40 Pf.  
Zu haben in allen  
Vorwärts-Ausgabestellen und in der Buchhandlung Vorwärts Berlin SW., Lindenstraße 3

Am 10. Juli verschied nach kurzem, schmerzvollem Leiden die Gattin unseres werthen Vorgesetzten  
**Berla Borgmann**  
im blühenden Alter von 28 Jahren unerwartet, aus der vollen Lebenskraft herausgerissen. Wir erweisen und teilen den Schmerz unseres lieben alten Freundes und rufen der Verbliebenen als letzten Gruß nach:  
Ruhe in Frieden!  
„Sängerchor Bohnsdorf“

**H. Pfau, Bandagist**  
Berlin Direksenstraße 20  
C., am südlichen Bahnhof Alexanderplatz und Holsteintor.  
— Ami Kst. 3208.  
Für Damen Frauen-Bedienung.  
Referent für alle Krankenkassen

**CARDINAL**  
ZIGARETTEN  
sind Qualitätsmarken  
**FOVEAUX**  
RAUCHTABAKE  
überall erhältlich

Am 10. Juli verschied nach kurzem, schmerzvollem Leiden die Gattin unseres werthen Vorgesetzten  
**Berla Borgmann**  
im blühenden Alter von 28 Jahren unerwartet, aus der vollen Lebenskraft herausgerissen. Wir erweisen und teilen den Schmerz unseres lieben alten Freundes und rufen der Verbliebenen als letzten Gruß nach:  
Ruhe in Frieden!  
„Sängerchor Bohnsdorf“

Am 10. Juli verschied nach kurzem, schmerzvollem Leiden die Gattin unseres werthen Vorgesetzten  
**Berla Borgmann**  
im blühenden Alter von 28 Jahren unerwartet, aus der vollen Lebenskraft herausgerissen. Wir erweisen und teilen den Schmerz unseres lieben alten Freundes und rufen der Verbliebenen als letzten Gruß nach:  
Ruhe in Frieden!  
„Sängerchor Bohnsdorf“